

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500; Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

20. Dezember 1951

Blatt 2391

Wiener Symphoniker schenken ein Konzert  
=====

Dank für den Dr. Karl Renner-Preis

20. Dezember (Rath.Korr.) Die Wiener Symphoniker teilten dem Amtsführenden Stadtrat für Kultur und Volksbildung, Mandl, in einem Schreiben mit, daß sie ihm als Dank für den ihnen vom Kuratorium der Dr. Karl Renner-Stiftung zuerkannten und vom Bürgermeister genehmigten Preis ein Konzert der Wiener Symphoniker zum Geschenk machen. Stadtrat Mandl möge bestimmen, wer die Genießer dieses Konzertes sein sollen. Den Preis selbst - wie bekannt ist, beträgt er 10.000 S - wollen die Wiener Symphoniker so wie die Philharmoniker zum Ausbau ihrer Pensionseinrichtungen verwenden.

Geehrte Redaktion!  
=====

Samstag, den 22. Dezember, findet eine Presseführung durch die eben fertiggestellte Stadtbahn-Haltestelle Westbahnhof statt. Zusammenkunft um 10 Uhr vormittag vor dem Kassenraum der Station. Sie werden eingeladen, einen Vertreter Ihrer Redaktion zu entsenden.

Kindertransport der städtischen Erholungsfürsorge  
=====

20. Dezember (Rath.Korr.) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 19. November von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim "Kirchschlag" gebracht wurden, am Samstag, dem 22. Dezember, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder um 12.35 Uhr, vom Westbahnhof, Ankunftseite, abzuholen.



Die Debatte über das Kapitel Bauwesen  
=====

Schluß des Berichtes über die gestrige Sitzung

20. Dezember (Rath.Korr.) Vor Eingang in die Spezialdebatte teilte der Vorsitzende GR. Mazur mit, daß bei der vorher behandelten Geschäftsgruppe über das Gesundheitswesen zwei Anträge unberücksichtigt blieben. Er brachte diese Anträge von Dr. Matejka nun zur Abstimmung. Sie wurden abgelehnt.

Dipl.Ing. Haider (WdU) stellte fest, daß die Steigerung der Gesamtausgaben im Baubudget 25 Prozent betrage, in den einzelnen Gruppen jedoch sehr unterschiedlich sei. Es ist sogar bei zwei Posten eine Verminderung feststellbar. Er gab seiner Befürchtung Ausdruck, daß die Bauleistung geringer sein werde als im vorigen Jahr und sagte, er hoffe, daß dies nicht beim Wohnungsbau der Fall ist, damit die von Bürgermeister Jonas angekündigte fühlbare Erleichterung auf dem Wohnungsmarkt tatsächlich eintritt.

Redner wendet sich auch gegen die nicht immer gleichen Auffassungen bei der Durchführung von Wohnhausbauten unter gleichen Verhältnissen. Da werden auf der einen Seite trotz kostspieliger Fundierungsarbeiten Wohnungen gebaut, auf der anderen Seite wird ebenfalls wegen der kostspieligen Fundierungsarbeiten ein Projekt abgelehnt. Der Redner führt dafür Beispiele an.

Er vermisse auch den notwendigen Kontakt zwischen Tiefbau und Hochbau. Dipl.Ing. Haider stellt den Antrag, das Stadtbauamt möge bei Änderung von Fluchtlinien im Flächenwidmungs- und Bebauungsplan die Magistratsabteilung 18 beauftragen, die bestehenden Einbauten einzuzeichnen, damit bei einer beabsichtigten Neuverbauung darauf Rücksicht genommen werden kann.

Bei den Wasserwerken kritisiert der Redner die hundertprozentige Erhöhung der Ansätze. Er leitet daraus die Befürchtung ab, daß zusätzliche Schlägerungen in den Quellschutzgebieten vorgesehen seien. Bezüglich der Gärten fragt er an, ob sich unter der Vervierfachung des Bundesbeitrages für Schädlingsbekämpfung eine Subvention verstecke.

Abschließend gab der Redner seiner Hoffnung Ausdruck, daß der Enteignungsparagraph nur dann angewendet werde, wenn tatsächlich ein Bedürfnis vorliegt. Im übrigen gab er im Namen seiner Fraktion



die Zustimmung zu den Ansätzen des VI. Hauptstückes.

GR. Maller (LBl.) bezeichnet die Bemühungen der Stadt Wien um den Wohnungsbau als eine kleinmütige Wohnbaupolitik. In ausführlicher Breite beschäftigt er sich mit der Situation auf dem Gebiete des Wohnhausbaues in Wien. Er betont, daß von den 81.000 Häusern in Wien mehr als die Hälfte älter als 80 Jahre alt sind. Der größte Prozentsatz aller Wohnungen in Wien besteht aus Kleinwohnungen und Einzelräumen. Ein hoher Prozentsatz der Wiener Wohnungen gehe dem Verfall entgegen. Dagegen müssen sehr ernste Maßnahmen getroffen werden. Der Redner fordert eine wohldurchdachte Verfallsverhütung und großzügige Ersatzvornahmen. Nur dann können noch tausende Wohnungen gerettet werden. Darüber hinaus müsse die Stadt Wien die Sünden der Vergangenheit liquidieren, man müsse aus der Stadt der Kleinwohnungen den Grundstein dafür legen, daß Wien zu einer Stadt der hellen Wohnungen wird. Das könne man aber nicht, wenn man die kleinen Wohnungstypen vorzieht. Ferner verlangt der Redner niedrige, für eine Arbeiterfamilie erschwingliche Zinse und daß die Gemeinde Wien auch Aufzüge und Zentralheizungen bei ihrem Bau berücksichtigt. Er schildert die schlechten Wohnverhältnisse in den Obdachlosenasylen und verlangt, daß alles unternommen wird, damit diese Menschen endlich aus ihrem Elend herauskommen. GR. Maller verurteilt in diesem Zusammenhang die amerikanischen Bombenangriffe auf das schärfste. Er stellt die Behauptung auf, daß in Wien die Wohnungsnot schon längst behoben wäre, wenn man das Wohnbauprogramm des Linksblokkes seinerzeit angenommen hätte.

Redner stellt den Antrag, ein großzügiges Programm des sozialen Wohnungsbaues zu entwickeln, damit in fünf Jahren wenigstens alle dringend Wohnungsbedürftigen in Wien eine geeignete moderne Wohnung erhalten. Ferner solle nötigenfalls durch Ersatzvornahmen dem weiteren Verfall von Wohnungen Einhalt geboten werden. Die geeigneten Pläne sollen noch im ersten Quartal 1952 vorgelegt werden.

Im Zusammenhang mit den Ausführungen GR. Mistingers in der Generaldebatte vergleicht der Redner eingehend an Hand von Statistiken die Wohnbautätigkeit in Wien mit der in den östlichen Staaten.

Der Redner beantragt, ein Zusatzprogramm auszuarbeiten, das die Verbesserung der Straßenverhältnisse und der öffentlichen Be-



leuchtung insbesondere in den bisher vernachlässigten Randgebieten der Stadt vorsieht. Die Straßen in den Siedlungen der Siedlungsgenossenschaften sollen in das öffentliche Straßennetz einbezogen werden, vor allem im Hinblick auf Instandhaltung, Beleuchtung und Reinigung. Da die vorliegenden Ansätze nicht geeignet erscheinen, einen kommunalen Wohnungsbau in einem Ausmaße durchzuführen, wie es die Interessen der Wiener Bevölkerung erfordern, werde der Linksblock nicht für dieses Kapitel stimmen.

GR. Dr. Prutscher (ÖVP) gibt seiner Freude Ausdruck, daß - wenn auch nicht in diesem Kapitel, sondern im Rahmen einer anderen Geschäftsgruppe - erstmalig im Budget eine Post von 25 Millionen Schilling zur Förderung der Tätigkeit der Gemeinnützigen Bau- und Wohnungsgenossenschaften eingesetzt ist. Es sei notwendig, Richtlinien herauszugeben, die eindeutig feststellen, welche Bedingungen für die Darlehenswerber vorgesehen sind. Im Hinblick auf die gestiegenen Baukosten, die derzeit pro Wohnungseinheit mindestens 120.000 S für Siedlungsbauten betragen, soll die Darlehenssumme pro Wohnungseinheit von bisher 40.000 S auf 60.000 S erhöht werden.

Die Auffassung des Stadtrates Resch über das Wohnungseigentum entspreche nicht einmal der Auffassung seiner eigenen Wähler und Funktionäre, da auch Ansuchen von Sozialisten und sozialistischen Funktionären um Wohnungen nach dem Wohnungseigentumsgesetz vorliegen. Wenn dieser Stadtrat erklärte, daß öffentliche Steuergelder nicht dazu verwendet werden dürfen, um Privateigentum zu schaffen, so schein er der Ansicht zu sein, daß die öffentliche Tätigkeit daraufhin abgestellt sein soll, mit diesen Mitteln der öffentlichen Hand eine größere Einfluß- und Machtsphäre zu schaffen. Es sei falsch, wenn man behauptet, die Zuwendungen für Wohnungseigentumswohnungen seien ein Geschenk. Es werde jährlich 1 Prozent des Kapitals zurückbezahlt, während bei den Gemeindebauten außer den Erhaltungskosten für das investierte Kapital weder Zinsen noch Kapitalrückzahlungen geleistet werden. Der Unterschied liege vor allem darin, daß der Eigentümer der Wohnung unabhängig von einer Stelle der öffentlichen Hand, vom Wohnungsamt, wird. Aus der Haltung gegen das Wohnungseigentum sei zu schließen, daß die Gemeindeverwaltung nicht in erster Linie eine Linderung des Wohnungselends im Auge habe, sondern bestrebt sei, die Gemeinde



zum Mammuthausherren par excellence zu machen. Mit einem solchen Vorgehen diene man wohl dem Parteiapparat, vollbringe aber nicht alle Leistungen, die im Interesse der Gesamtheit der Bevölkerung notwendig wären. Es ist nicht Aufgabe der öffentlichen Hand - betont der Redner -, im höchstmöglichen Maß zu herrschen, sondern im größtmöglichen Maß zu helfen. (Zustimmung bei der ÖVP.) Diese Hilfe soll darin bestehen, daß die Kräfte des einzelnen durch die Gesamtheit ergänzt werden, wenn der einzelne allein zu schwach ist. Man soll ihn instand setzen, sobald wie möglich auf eigenen Füßen zu stehen, damit sich die öffentliche Hand wieder anderen Aufgaben zuwenden kann. Auf eigenen Füßen steht man aber dann am sichersten, wenn man Eigentum besitzt. (Zustimmung bei der ÖVP.) Die öffentliche Hand hat dann den Vorteil, daß jemand auf den Plan tritt, der nicht ein Objekt der Fürsorge, sondern ein Objekt der Steuerpolitik werden kann.

Eine Planung dürfe nicht nur darauf abgestellt sein, für den Augenblick wahlpolitisch Interessantes herauszustellen. Aus diesen Erwägungen soll auch der Ausbau des Wiener Hafens weitergetrieben werden.

Es wäre ferner notwendig, daß man sich endlich mit dem Problem einer Wiener U-Bahn beschäftigt.

Der Redner bittet den Stadtrat um Mitteilung, ob tatsächlich im 4. Bezirk ein Drittel einer Parkanlage an die parteipolitische Organisation Kinderfreunde abgetreten und mit einem Gitter abgesperrt werden soll.

Bevor der Bau des Wasserspeichers im Steinfeld in Angriff genommen wird, sollen Sachverständige herangezogen werden, um das endgültige Projekt zu beurteilen.

Auf dem Gebiete der öffentlichen Lieferungen sei der Stadtrat die Antwort schuldig gewesen, wie es bei der Vergebung von Installateurarbeiten zu Unkorrektheiten kommen konnte. Eine Aufklärung des Falles wäre schon im Interesse der Beamtenschaft erwünscht, weil sonst der Fehler nicht auf einen einzelnen, sondern auf alle zurückfällt.



Zusammenfassen bezeichnet es der Redner als den Standpunkt der ÖVP, daß sie sich freut, wenn gebaut wird, daß sie ein Interesse hat, daß so viel als möglich gebaut wird. Sie wird alles tun, daß die Mittel dazu verwendet werden, den bestmöglichen und günstigsten Erfolg für die Allgemeinheit zu erreichen. Sie richtet ihr ganzes Streben darnach ein, mit dem Erfolg ihrer Tätigkeit nicht nur die größtmögliche Macht der öffentlichen Hand, sondern den größtmöglichen Nutzen für die Allgemeinheit und damit auch die größtmögliche Freiheit für den einzelnen zu erreichen.

Wenn soviel Mittel für solche Vorhaben durch die Hand dieser Stadt gehen, müssen alle Vorkehrungen getroffen werden, daß die Vergabe der Aufträge nicht zu Methoden Anlaß gibt, die als Unkorrektheiten bezeichnet werden müssen, es muß vielmehr ein System herrschen, das einsichtig, klar und sauber den Willen dieser Stadt nach einer entsprechenden Prüfung zum Ausdruck bringt. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Fürstenhofer (SPÖ) führt aus: Mehr als 800 Millionen Schilling sind für Bauzwecke veranschlagt und damit erhält die Wirtschaft Wiens und darüber hinaus ganz Österreichs einen kräftigen Impuls. Diese Bautätigkeit ist ein Mittel, um die Arbeits-



losigkeit zu bannen und den sozialen Frieden in unserem Lande zu wahren.

Solange demokratische Verhältnisse in Wien herrschten, stand der soziale Wohnungsbau im Vordergrund, und auch seit 1945 ist er die Grundlage, auf der unsere Wirtschaft steht und der soziale Frieden aufrecht erhalten wird.

Der Gemeinderat Maller hat die Zahlen dieser Budgetgruppe damit abtun wollen, daß es sich um Ziffernspielereien handle, mit denen die Bevölkerung zum Narren gehalten werden solle. Er selbst hat aber zahlreiche Ziffern aus dem Osten gebracht, die niemand von uns kontrollieren kann, während die Ziffern des Gemeindebudgets der Öffentlichkeit offen vorliegen und jederzeit geprüft werden können. Wenn GR. Maller die Verhältnisse in anderen Staaten in einem gar so guten Licht schildert, wundert es nur, daß er heute noch bei uns ist. Er muß ja rein von Sinnen sein, wenn er nicht dorthin geht, wo man angeblich so vorzüglich lebt. (Lebhafte Zustimmung bei den Parteigenossen.) Der GR. Maller hat auch in sehr beweglichen Worten über die Wohnungsnot geklagt. Wie wäre es aber, wenn er hinginge und seine guten Beziehungen zur Besatzungsmacht ausnützen würde, damit die Wohnungen der Siedlungsgenossenschaften in den Randgemeinden Wiens endlich freigegeben werden! (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

Wenn er aber nicht zur Besatzungsmacht gehen kann, dann möge er doch seine eigene Partei veranlassen, die Arbeiterwohnungen freizugeben, die von ihr noch als Parteilokale benützt werden, wobei die Wohnungen ganze Tage freistehen und nur am Abend für wenige Stunden benützt sind. (Erneuter starker Beifall.)

Redner appelliert, der Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds möge Wien und die Wiener Gemeinnützigen Genossenschaften in Hinkunft nicht so stiefmütterlich behandeln, wie dies bisnun der Fall war. In der letzten Zeit sei immer mehr zu beobachten, daß von der ÖVP nahestehenden Kreisen um jeden Preis Siedlungsgenossenschaften ins Leben gerufen werden, die durchaus nicht fundiert und lebensfähig sind, sondern offenbar nur dem Zwecke dienen sollen, um Wien im Gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsverband zu majorisieren.

Die Frage des Wohnungseigentums ist in Österreich derzeit nur eine Frage der Rückzahlung des Hypothekarkredites, ganz abgesehen von den rechtlichen Problemen, die dabei noch ungelöst sind.



Redner wendet sich gegen die Art der Gewährung von Darlehen aus dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds. Zuerst wären die leichten Schäden zu berücksichtigen. Wäre dies der Fall gewesen, so hätten wir heute bereits wesentlich mehr Wohnungen wiederhergestellt.

Es ist zu begrüßen, daß man nunmehr in der Stadtplanung systematisch darangeht, für jene Siedler, die wegen des sozialen Wohnungsbaues ihre bisher innegehabten Pachtgründe räumen müssen, Neuland zu schaffen und das wilde Siedeln dadurch zu bekämpfen, daß im Stadtplan neues Siedlungsgelände aufgeschlossen wird, das künftighin dem gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaften zur Verfügung stehen soll.

Es wäre notwendig, daß sich der Gemeinderat der Stadt Wien dazu entschließt, bei Ausfuhr von Holz, insbesondere Bauholz, eine entsprechende Exportabgabe zu verlangen, um den Überpreis zwischen Inlands- und Auslandspreis abschöpfen zu können und auf diese Weise die Baukosten in Wien wesentlich zu verringern. Redner verweist im Zusammenhang damit auf die Verhältnisse auf dem Eisensektor.

Er dankt der Baudirektion, insbesondere dem Studienbüro, dafür, daß sie durch Erprobung der verschiedenen neuen Bauarten Vorbildliches für ganz Österreich und darüber hinaus geleistet haben. Die Ausstellung "Construkta" in Deutschland habe den Beweis erbracht, daß Österreich trotz aller speziellen Schwierigkeiten den neuen Baugedanken wesentlich vorwärtsgetrieben hat und in der Baugesinnung, Raumgestaltung und Landesplanung fortschrittlich eingestellt sei.

Das wilde Siedeln könnte überhaupt unterbunden werden, wenn die Möglichkeit bestünde, den Grund für diese Siedlungen durch ein modernes Bodenbeschaffungsgesetz anzufordern.

Redner lenkt das Augenmerk auf die Aufforstung des Südrandes von Wien, bei der in der letzten Zeit wenig geschehen sei, und im besonderen auf das Problem der Südrandstraße, das endlich gelöst werden müsse, da von seiner Lösung viele andere Probleme abhängen.

Wenn wir, so beendet er seine Ausführungen, das Budget dieser Verwaltungsgruppe beschließen, so wissen wir, daß wir nicht für heute oder morgen, sondern für die Zukunft bauen.



Es wird das Wort wahr, das Bürgermeister Seitz gesprochen hat: "Die Taten, die durch unsere Arbeit gesetzt werden, werden von uns noch sprechen, wenn wir auch nicht mehr sein werden!" Wir werden uns auch durch den großen Stimmaufwand der Linken dieses Hauses nicht davon abhalten lassen, an unsere Arbeit zu gehen zum Wohle der Stadt Wien und der arbeitenden Bevölkerung dieser Stadt! (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

GR.Dr.Altmann (LBl.) verweist auf § 87 der Verfassung der Stadt Wien, derzufolge der Voranschlagsentwurf während einer Woche zur öffentlichen Einsicht aufzulegen ist und die all-fälligen Erinnerungen, die Gemeindemitglieder zu Protokoll geben, bei der Beratung in Erwägung zu ziehen sind. Er bemängelt es, daß bei der Beratung der einzelnen Budgetgruppen auf diese Erinnerungen nicht eingegangen werde und der Finanzreferent den Bericht der zuständigen Magistratsabteilung nicht gebührend berücksichtigt habe. Er apostrophierte den Amtsführenden Stadtrat Resch persönlich, daß er auch jetzt während dieser Vorbringungen mit anderen Dingen beschäftigt sei, seine Aufmerksamkeit nicht den konkret vorgebrachten Erinnerungen der Gemeindebürger widme, sondern lieber die Zeitung lese, weil es ihm wurst sei, was hier gesagt werde. Auf die Entgegnung des Amtsführenden Stadtrates Resch, ihm seien nur die Worte des Redners, den er einen aufgeblasenen nennt, wurst, heißt GR.Dr. Altmann den Amtsführenden Stadtrat einen Zwergdiktator, der sich gerne aufspielen möchte und der sich schämen sollte, ein Mitglied des Gemeinderates zu beleidigen, weil er darauf rechne, daß ihm der Vorsitzende dies durchgehen lassen werde. Nachdem sich der Entrüstungsturm der Mitglieder des Gemeinderates über diese Ausführungen des GR.Dr. Altmann gelegt hat und Vorsitzender GR.Mazur ihn ermahnt hat, die Würde des Hauses zu wahren, setzt Redner fort, daß zu dieser Verwaltungsgruppe 74 Erinnerungen von Gemeindebürgern vorgebracht wurden, deren jede sie unmittelbar angehe und bei denen sie ein Recht haben, daß sich der Gemeinderat damit beschäftige. Sollte dies nicht der Fall sein, sähe sich der Linksblock gezwungen, jede einzelne Erinnerung zum Gegenstand der Debatte im Gemeinderat zu machen und den Gemeinderat mit jeder einzelnen Erinnerung zu befassen. Die zuständigen Ausschüsse mögen diese Erinnerungen



behandeln.

Auf die Rede Dr. Altmanns antwortet sofort GR. Sigmund (SPÖ) er führt aus: Es ist zweifellos, daß die Budgetdebatte Anlaß ist für die Funktionäre, die aus allen Bezirken kommen, in eifriger und ernster Beratung über die Veranlagung des Budgets zu verhandeln. Es ist klar, daß bei einer solchen Gelegenheit Meinungsverschiedenheiten auftreten. Aber es steht auch einem Bundesminister a.D. nicht zu, einen Amtsführenden Stadtrat in solcher Art zu behandeln, wie es Bundesminister a.D. GR. Dr. Altmann soeben gemacht hat. Ich glaube nicht, betonte der Redner nochmals, daß ein Redner dieses Hauses ein Mitglied der Landesregierung in einer solchen unqualifizierten Art beleidigen darf. Wenn ich zum Beispiel den "Kleinen Diktator" herausnehme, so spüren wir dabei, daß wir Grenzland geworden sind. Der Redner stellt an die Abgeordneten des Linksblockes die Frage, ob sie sich jemals erlauben könnten, "drüben" in einer solchen provokanten Weise über ein Regierungsglied zu sprechen. (Demonstrativer Beifall bei den Sozialisten.)

Wenn wir uns Zurückhaltung auferlegen, fuhr GR. Sigmund fort, geschieht es mit Rücksicht darauf, daß wir meinen, so wenige Leute können wohl eine ernste Beratung stören und hindern, aber nicht aufhalten, auch wenn sie drei bis vier Stunden reden. Was hier in dieser Stadt gemacht werden muß, geschieht seit 1945 und wird solange geschehen, solange die beiden großen Parteien glauben, in der demokratischen Zusammenarbeit auch Wünsche zurückstellen zu müssen, aber vor allem die Not zu ändern. Keineswegs werden wir zur Kenntnis nehmen, daß Mitglieder des Hauses in solcher Stellung, wie es Stadtrat Resch ist, in dieser Weise von Ihnen behandelt werden. Unter starkem andauernden Beifall erklärte der Redner, daß die unqualifizierbaren Äußerungen des GR. Dr. Altmann Stadtrat Resch in den Augen der Sozialisten nicht herabsetzen, sondern, daß sie mehr denn je zu ihm stehen. (GR. Marek: Die Hunde bellen und die Karawane zieht vorüber! - GR. Dr. Matejka: Und wo ist das Kamel?)



In seinem Schlußwort geht Stadtrat Thaller ausführlich auf die Ausführungen der Debattenredner ein. Er bespricht zuerst die vom Redner der WdU vorgebrachten Feststellungen und teilte unter dem Beifall der Sozialisten mit, daß bei den Wohnhausbauten auf keinen Fall gespart wird. Im Gegenteil, es wurde jede Million zusammengekratzt und anderswo gestrichen, um möglichst viel für den sozialen Wohnhausbau in den Voranschlag 1952 hereinzubringen.

GR. Maller hat eine Rede gehalten, die eigentlich nicht zum Baukapitel gehört sondern zur Verwaltungsgruppe Wohnungsangelegenheiten. Der Redner des Linksblocks hat, so führte der Referent aus, seine Budgetreden aus dem Jahre 1950 und 1951 studiert und aus diesem Material die Ziffern und Zahlen entnommen. Er hat sie jedoch völlig falsch interpretiert.

GR. Maller hat auch niedrige Zinse in den Gemeindebauten verlangt, aber ein Schilling pro Quadratmeter ist bestimmt kein unerschwinglicher Zins. Der Zins wäre es jedoch wohl, wenn man Aufzüge und Zentralheizungen einbauen würde.

Es ist auch in Wien bekannt, was unter dem sozialen Wohnhausbau gemeint ist. Man versteht darunter, daß aus öffentlichen Mitteln Wohnungen gebaut werden, daß die Baukosten abgeschrieben und die Zinse in jener Höhe eingehoben werden, die zur Erhaltung des Hauses notwendig ist. Das wisse jeder Wiener, nur GR. Maller nicht.

Wenn der Redner des Linksblocks vom amerikanischen Bombenterror gesprochen hat, so müsse er die Frage stellen, ob das vielleicht eine Entschuldigung für Hitler und den faschistischen Krieg sein soll. Stadtrat Thaller sagte, er hoffe nicht, daß ausgerechnet die Kommunisten eine Entschuldigung für Hitler suchen.

GR. Maller hat sich auch stark über die Not der Wohnungslosen beklagt, aber Wohnungslose wird es in jeder Großstadt zu jeder Zeit geben. Es werden immer einige Hundert sein, die sich nicht in einen Wohnungsverband einfügen. Man könne bestimmt nicht sagen, daß es zum Beispiel in Rußland keine Wohnungslosen gibt.

Der Referent verweist darauf, daß allein bis September dieses Jahres 554 Wohnungen geräumt werden mußten, weil die Baupolizei erklärte, keine Verantwortung mehr übernehmen zu können. Erfahrungsgemäß gehen in Wien jährlich 600 bis 700 Wohnungen zugrunde.



Die vom GR. Maller gebrachten Ziffern über den Wiederaufbau in den volksdemokratischen Ländern, besonders aber in Moskau, seien gar nicht so überwältigend, wie er es dargestellt habe. Aus seinen Ausführungen war sogar zu entnehmen, daß im Verhältnis un Wien mehr gebaut wird als in Moskau. (Beifall bei den Sozialisten.)

In einer umfassenden Übersicht legt der Referent dar, daß die Sozialistische Partei, die ja dieser Verwaltung der Stadt ihren Stempel aufdrückt, ihre Verprechungen hinsichtlich des Wohnungsbaues in den Wahlprogrammen 1945 und 1949 voll erfüllt habe. (Starker Beifall bei der SPÖ.)

Die Resolutionsanträge des GR. Maller seien überflüssig und daher abzulehnen, da die Gemeinde ja bereits ein Wohnbauprogramm habe und man andererseits nicht die wilden Siedlungen verewigen dürfe.

Die sogenannten Erinnerungen, die GR. Dr. Altmann angeführt habe, seien in Wahrheit in demagogischer Art in der Wasagasse aufgesetzt und ins Rathaus geschickt worden. Das kommunalpolitische Referat des Linksblocks habe insofern schlecht gearbeitet, als es nur 116 Funktionäre dazu veranlassen konnte, solche Erinnerungen einzubringen.

Die Drohungen des GR. Dr. Altmann/die Sozialisten absolut schrecken nicht und sie fürchten auch seinen angekündigten Terror nicht. Wir haben in dieser Stadt schon den Heimwehrfaschistischen und nationalsozialistischen Terror gehabt, wir werden auch einem kommunistischen Terror standhalten! (Beifall bei der SPÖ.) Es sei eine Anmaßung des GR. Dr. Altmann gewesen, hier den ganzen Gemeinderat schulmeistern zu wollen. Was er vorgebracht hat, sei in Wirklichkeit nur eine Bosheit gewesen, die er ausgeheckt habe. (Zustimmung bei den Sozialisten.)

Die von GR. Dr. Prutscher verlangten Richtlinien für die Gewährung von Darlehen aus dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds bestehen bereits. Sie gelten auch für Wien, da es bezüglich dieser Kredite keinerlei Geheimnisse gibt.

Die Gemeinde sei bereits in Verhandlungen mit dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, die Darlehenssumme pro Wohnungseinheit zu erhöhen. Es solle der diesbezügliche Antrag also der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen werden.



Zur Frage des Wohnungseigentums erklärt Stadtrat Thaller, daß die Sozialisten keine grundsätzlichen Gegner des Wohnungseigentums sind. Sie vertreten nur die Auffassung, daß sich jeder seine Eigentumswohnung selber bezahlen, nicht aber von der Allgemeinheit schenken lassen soll. Die Mittel des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds sind ja gar nicht dazu bestimmt, jemandem eine neue Wohnung zu schaffen, sie sollen vielmehr dazu dienen, einen Beitrag der Allgemeinheit für den Wiederaufbau von ausgebombten Wohnungen zu leisten. Bekanntlich sei aber der Prozentsatz jener Mieter in den Häusern mit Eigentumswohnungen, die schon früher in diesen Häusern gewohnt haben, außerordentlich gering. Die Auffassung, Eigentum auf Kosten der Allgemeinheit zu erwerben, ist ein kapitalistischer Standpunkt, den die Sozialisten nicht teilen. (Zustimmung bei den Sozialisten.)

An dem Bau einer Untergrundbahn könne Wien derzeit nicht denken, da ein Kilometer Baukosten von rund 100 Millionen Schilling erfordern würde. Die aus der Nazizeit stammenden Pläne sind völlig unbrauchbar. Der diesbezügliche Antrag des GR.Dr. Prutscher solle der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen werden, im gegenwärtigen Augenblick sei jedoch an eine Verwirklichung dieses Projektes nicht zu denken.

Die Forderung des GR.Fürstenhofer nach Schaffung eines Bodenbeschaffungsgesetzes könne der Referent nur unterstreichen. Hoffentlich werde im Nationalrat diese Frage endlich einer Lösung zugeführt werden. Nicht nur Wien und die großen Städte sind an diesem Gesetz interessiert, sondern auch die kleinen Gemeinden brauchen es, um systematisch und planvoll arbeiten zu können.

Die vom gleichen Redner geforderte Aufforstung sei nicht nur am Südrand Wiens notwendig, sondern auch am Nordrand der Stadt. Die zuständige Magistratsabteilung werde dieser Frage ihr besonderes Augenmerk widmen.

Abschließend betont der Stadtrat, daß Wien auch in Zukunft weiter das Mekka des Wiederaufbaus und des Wohnungsneubaus sein wird. Obwohl wir ein armes Land sind, kommen aus der ganzen Welt Menschen nach Wien, um zu sehen, was hier auf allen Gebieten geleistet wird, vor allem auf technischem Gebiete und auf dem Gebiete des Bauwesens. Die Gemeinde legt



jederzeit Rechnung über das, was sie leistet, und sie kann auf diese Leistungen wirklich stolz sein. (Beifall bei den Sozialisten.)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des 6. Hauptstückes ohne die Stimmen des Linksblockes angenommen. Von den Anträgen werden zwei der WdU und einer der ÖVP der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen, zwei Anträge des Linksblockes und ein Antrag der ÖVP abgelehnt.

Nach dreizehneinhalbstündiger ununterbrochener Dauer unterbricht der Vorsitzende GR. Mazur um 22,40 Uhr die Sitzung.

— . . —

#### Tödlicher Verkehrsunfall in Heiligenstadt

20. Dezember (Rath.Korr.) Gestern abend wurde in der Heiligenstädter Straße nächst der Haltestelle Radelmayergasse der 51jährige Gustav Weber, 19., Heiligenstädter Straße 193, beim Überqueren der Straße von einem Personenwagen niedergestoßen und auf die Fahrbahn der Straßenbahn geschleudert. Weber wurde von einem Zug der Linie D erfaßt und ist trotz Notbremsung unter den Fangkorb geraten. Der Verunglückte wurde von der Feuerwehrmannschaft geborgen, doch konnte der Arzt des Rettungsdienstes nur mehr den Eintritt des Todes feststellen.

#### Photoschau der Volkshochschulen

20. Dezember (Rath.Korr.) Im Volksbildungshaus Margareten, Wien 5., Stöbergasse 11-15, wird Dienstag, den 25. Dezember, um 10 Uhr vormittag eine Photoausstellung der Volkshochschulen Wien-Margareten, Linz, Salzburg, und München eröffnet. Die außerordentlich interessante Schau ist täglich von 14 bis 20 Uhr, an Samstag, Sonn- und Feiertagen außerdem auch von 9 bis 12 Uhr zugänglich.



### Führung durch Parlament und Rathaus

=====

20. Dezember (Rath.Korr.) Mittwoch, den 26. Dezember, und Sonntag, den 30. Dezember, veranstaltet die Volkshochschule Wien West eine Führung durch die Prunkräume des Parlaments und des Wiener Rathauses. Anschließend findet im Foyer des Burgtheaters eine künstlerische Feier statt. Treffpunkt um 10 Uhr vor der Rampe des Parlaments.

### Neueröffnete Ausstellungen in Wien

=====

20. Dezember (Rath.Korr.)

Art-Club Galerie 1., Kärntner Straße 10 Durchgang	Internationale Ausstellung	tägl. 10-19 Uhr (bis 7. Jän.)
Buchhandlung Frick 1., Graben 27	UNO-Ausstellung	8-18 Uhr (bis 1. Jän.)
Kunsthistorisches Museum 1., Maria Theresien-Pl.	Eröffnung von fünf Sammlungs- sälen - Kunstgewerbe und Ge- mälde des 16. und 17. Jahr- hunderts	ab 21. Dez.
Österr. Museum für angewandte Kunst 1., Stubenring 5	Modernes Kunstgewerbe - Objekte aus dem Österr. Pavillon der Mailänder Triennale	ab 19. Dez.
Margaretner Volksbil- dungshaus 5., Stöbergasse 11	Weihnachts-Bücher-Ver- kaufsausstellung	tägl. 16-20 Uhr

### Pferdemarkt vom 17. Dezember

=====

20. Dezember (Rath.Korr.) Aufgetrieben wurden 268 Schlächterpferde, Summe 268. Bezahlt wurde für 1 Kilogramm Lebendgewicht: Bankvieh Ia 5.50 S, IIa 4.70 S, Fohlen 5.70 S. Alle Preise plus saisonbedingtem Aufschlag. Der Marktverkehr für Schlächterpferde war lebhaft.

Herkunft der Tiere: Wien 10, Niederösterreich 67, Oberösterreich 41, Burgenland 12, Steiermark 8, Salzburg 13, Kärnten 30, Tirol 8. Ausland: Jugoslawien 79.



Baubehördliche und technische Angelegenheiten

Der vierte Tag der Budgetberatungen im Rathaus

20. Dezember (Rath.Korr.) Der Wiener Gemeinderat setzte Donnerstag vormittag unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Jonas die Beratungen über den Voranschlag für das Jahr 1952 mit der Verwaltungsgruppe VII: Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, fort.

Amteführender Stadtrat Dr. Robetschek stellte einleitend fest, daß die wiederholt geforderte Koordinierung in allen Fragen städtebaulicher Planung und damit die Zusammenarbeit aller bautechnischen und baubehördlichen Abteilungen der Stadtverwaltung durch die Schaffung einer gemeinderätlichen Planungskommission Wirklichkeit geworden ist. Andererseits habe der 8. Österreichische Städtetag eine von ihm, dem Stadtrat, wiederholt aufgestellte Forderung nach Bereitstellung geeigneten Baulandes aufgegriffen und damit ein Problem ins Rollen gebracht, das vom Standpunkt der Gesamtplanung der Stadt allergrößte Aufmerksamkeit verdient. Die Planungskommission hat sich bereits in zahlreichen Sitzungen bemüht, das vom Professor Brunner ausgearbeitete Konzept der Stadtplanung zu beraten, und damit gleichzeitig jene Linie angedeutet, auf der künftighin eine neue Ära städtebaulicher Entwicklung eingeleitet werden soll. Alle Bemühungen, Gründe und Liegenschaften für einen großzügigen Wiederaufbau dieser Stadt zu sichern, sind zu begrüßen. Dies setzt allerdings auch in der Bevölkerung eine gewisse Bereitwilligkeit voraus, auf in ihren Händen befindliche brachliegende Werte zu verzichten und der Stadtverwaltung zur Erfüllung ihrer großen Planungsaufgaben zur Verfügung zu stellen. Der Stadtrat verweist im Zusammenhang damit auf einen Vorschlag Professor Brunners, einen Sonderfonds für Grundankäufe zu schaffen, der allein eine Voraussetzung für die stufenweise Realisierung der geplanten Aufgaben Wiens sei.

Im kommenden Jahre werde es unbedingt notwendig sein, sich ernstlicher als bisher mit der Frage der Errichtung einer Müllverbrennungsanlage zu befassen. Wien darf als moderne Großstadt an den hygienischen und technischen Fortschritten nicht achtlos vorübergehen.



Allein die Tatsache, daß Wien seit dem Jahre 1945 in der Müllabfuhr zur fortschrittlichsten Stadt Europas geworden ist, verpflichtet in doppelter Hinsicht zur Anstellung reiflicher Überlegungen.

Die derzeit in Verwendung stehenden Abnehmerplätze können nur mehr wenige Jahre benützt und praktisch keine neuen Plätze zur Verfügung gestellt werden. Vor allem im Westen gibt es keine Möglichkeit einer entsprechenden Müllablagerung. Dies führt zu ständig steigenden Transportkosten. Allein durch die Einsparung von Kilometerleistungen könnten Beträge gewonnen werden, die mit allenfalls aus den Verkauf von Dampf oder elektrischer Energie oder sonstiger Abfallprodukte gewonnenen Beträgen eine beträchtliche Summe ergeben. Die bei der Verbrennung des Mülls entstehende Wärme könnte nämlich durch Anlage eines Müllkraftwerkes verwertet werden, wobei der erzeugte Dampf in elektrische Energie umgewandelt wird, oder aber auch durch Anlage eines Müllheizwerkes, von dem der erzeugte Dampf oder Warmwasser abgegeben wird, oder durch Anlage eines Müllheizkraftwerkes, wobei beide Arten kombiniert werden. Derzeitige Überlegungen wollen die erzeugte Wärme dem Wilhelminenspital und einem Teil der Baumgartner Höhe zur Verfügung stellen, die Energie hingegen dem städtischen E-Werk übergeben. Berechnungen haben ergeben, daß die Gesamtmenge an Strom, die abgegeben werden könnte, rund 1.64 Prozent des Jahresverbrauches von Wien ausmachen würde. Die Verbrennungsanlage könnte also den Strombedarf Wiens für 6 Tage decken.

Bei der Errichtung einer modernen Müllverbrennungsanlage müßte allerdings an dem bisherigen System der Altmaterialsortierung festgehalten werden. In Wien wurden im Jahre 1950 auf drei großen Abnehmerplätzen insgesamt 1,736.300 kg Altmaterial gesammelt und aussortiert, davon 565.000 kg Eisen und Metalle, rund 182.000 kg Knochen, rund 210.000 kg Faserstoffe und rund 730.300 kg Glas mit einem Gesamtverkaufswert von rund 1.5 Millionen Schilling.

Die Ansätze des ordentlichen Voranschlags dieser Verwaltungsgruppe sehen 97.1 Millionen Einnahmen und 161.6 Millionen Schilling Ausgaben vor. Die größten Einnahmenposten bilden Friedhöfe (22,7), der städtische Fuhrpark (35), Straßenpflege und Kehrrichtabfuhr (29 Millionen).



Den verwaltungsmäßig größten und vielseitigsten Aufgabenkreis nimmt die Baupolizei ein. Ihr Sorgenkind sind nach wie vor die Bauschäden. Die Behebung der Kriegsschäden kann nach der derzeitigen Rechtslage den Hauseigentümern nur insoweit aufgetragen werden, als es sich um reine Sicherungsmaßnahmen oder Maßnahmen zur Vermeidung eines weiteren Verfalles der Baulichkeit handelt. Da die Hauseigentümer diesen Aufträgen bisher vielfach nicht nachkamen oder nicht nachkommen konnten, mußte die Baubehörde zu Ersatz- und Sofortmaßnahmen schreiten, für die im abgelaufenen Jahr über 35 Millionen Schilling aufgewendet wurden. Bei zahlreichen Objekten überschreiten die Kosten der Ersatzausführung den Wert der Liegenschaft um ein Beträchtliches, insbesondere dort, wo dem Liegenschaftseigentümer die Beseitigung von Schuttmassen aufgetragen worden war.

Im Zuge der Schutträumungsaktion 1950/51 wurden im Wege von Ersatzvornahmen auf 208 Liegenschaften 4.683 Kubikmeter Mauerreste abgetragen und 143.779 Kubikmeter Mauerreste abgeführt.

In 124 Fällen haben Liegenschaftseigentümer selbst die Entfernung von Schuttlagerung in Auftrag gegeben. Insgesamt wurden rund 4 Millionen Schilling für die Schuttbeseitigung von Privaten und der Gemeinde Wien ausgegeben.

Die noch vorhandenen Schuttablagerungen im Wiener Stadtgebiet werden auf Grund gewissenhafter Schätzungen mit rund 14.000 Kubikmeter Mauerresten und 520.000 Kubikmeter Mauer-schutt angegeben, für deren Beseitigung ein Kostenaufwand von rund 12 Millionen Schilling erforderlich wäre.

Nach der derzeitigen Situation wird eine wesentlich Verschlechterung in der Vornahme von Ersatzausführungen eintreten. Der für 1952 ursprünglich beantragte Kredit von 51 Millionen wurde auf 15 Millionen herabgesetzt. Das bedeutet, daß Ersatzvornahmen nur mehr in allerdringendsten Fällen vorgenommen werden können und nicht die wirtschaftlichste, sondern die billigste Form der Gefahrenbeseitigung ausschlaggebend sein wird. Dies wird zu einer völligen Änderung in der Praxis der Baupolizei führen müssen. An Stelle von Aufträgen zur Instandsetzung von Bauten werden in den meisten Fällen Aufträge zur Räumung gegeben werden müssen. Die Baupolizei wird künftighin



nicht mehr in der Lage sein, den Frögelknaben für allerlei Versäumnisse in der Gesetzgebung oder sonstiger grundsätzlicher Unzulänglichkeiten abzugeben, sondern wird sich darauf beschränken müssen, zu verhindern, daß auch nur ein Menschenleben durch nicht rechtzeitige Räumung eines Gebäudes zu Schaden kommt.

Nicht weniger als rund 700 Mal mußte die Baupolizei gegen wildes Bauen vorgehen. Der Mangel an Überwachungspersonal macht sich hier besonders unangenehm bemerkbar. Das unbefugte Bauen kann nicht scharf genug bekämpft werden, da es nicht nur eine Gefahr für die Sicherheit des Bauwerkes und der Menschen bildet, sondern auch an Orten erfolgt, die häufig mit Bauverbot belegt sind. Alljährlich gehen auf diese Weise 10.000 Quadratmeter Boden des Wald- und Wiesengürtels der Allgemeinheit verloren. Dieser Zustand muß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln selbst auf die Gefahr hin bekämpft werden, als hartherzig bezeichnet zu werden. Es geht nicht an, in wenigen Jahren das große Erbe weitsichtiger Politiker der Vergangenheit zu einem von Drahtzäunen umgebenen Reservat privilegierter Sommerhüttenbesitzer werden zu lassen. Jeder Bau im Wald- und Wiesengürtel, der ohne Genehmigung aufgeführt wurde, wird innerhalb der kürzesten Frist wieder verschwinden müssen.

Die private Bauwilligkeit im Jahre 1951 ist durch ein weiteres Ansteigen der Ansuchen um Neubauten gekennzeichnet. Im Jahre 1951 wurden 1.035 Privathäuser mit 2.763 Wohnungen der Benützung übergeben. Am 1. Dezember dieses Jahres standen in Groß-Wien 2.221 private Häuser mit rund 5.000 Wohnungen in Bau, wovon rund 2.000 Häuser mit 2.100 Wohnungen auf Siedlungs-, Einfamilien- und sonstige Kleinhäuser entfallen.

Aus der Ziffer von fast 2.000 Eigenheimen erkennt man am deutlichsten den privaten Bauwillen unserer Bevölkerung, und die um sich greifende Erkenntnis an der Bedeutung des Wohnungseigentums.

Alle diese Leistungen, fuhr der Referent fort, hat die Baupolizei erbracht, ohne daß die bisherigen Rufe nach verstärkter Personaldotierung Gehör gefunden hätten. Der Personal-



stand bei der Baupolizei ist trotz den vervielfältigten Aufgaben um 10,5 Prozent niedriger als 1937. Stadtrat Dr. Robetschek richtete daher einen letzten und dringenden Appell an den Personalreferenten, die berechtigten Wünsche dieser Abteilung zu beachten. Man möge der Baupolizei jene Kräfte geben, die sie zur Bewältigung ihrer hochqualifizierten Arbeiten dringend benötigt. Es spricht eine beredete Sprache, wenn die für die Erteilung von Baubewilligungen vorgesehenen Fristen nicht mehr eingehalten werden können und die Erledigungen statt zwei Wochen neun bis zehn Wochen brauchen. Dies kann nicht im Interesse einer geordneten Verwaltung gelegen sein. Den Baupolizisten dieser Stadt aber gebührt der besondere Dank der gesamten Wiener Bevölkerung. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Die Friedhofverwaltung hatte auch im abgelaufenen Jahr die Aufgabe, die Beerdigung für die ungefähr 21.000 Verstorbenen sicherzustellen. Die Gesamtfriedhofsfläche beträgt 3,73 Millionen Quadratmeter. Durch die seinerzeitige Möglichkeit, ein Eigengrab auf Friedhofsdauer zu erwerben, kann ungefähr ein Drittel aller Friedhoffsflächen nicht mehr belegt werden. Der Mangel an neuen Beerdigungsflächen zwingt daher dazu, das Friedhofswesen einer Änderung zu unterziehen. Im Laufe der Zeit sollen auch ungefähr 15 Friedhöfe für Neubelegungen gesperrt und schließlich aufgelassen werden. Vorerst sind jene ausersehen, bei denen keine Erweiterungsmöglichkeit mehr besteht und deren Flächenausmaß gering ist, so der Altmannsdorfer-, Hetzendorfer-, Hirschstettner- und der Pötzleinsdorfer Friedhof sowie andere. Da sich die Auswirkungen dieser Maßnahmen erst nach einer Reihe von Jahren bemerkbar machen werden, wurden die noch möglichen Friedhofserweiterungen heuer eingehend studiert. Eine Reihe von Friedhöfen kann noch erweitert werden. Das Ausmaß der zusätzlichen Flächen wird 382.000 Quadratmeter betragen. Dadurch ist es möglich, den jährlich erforderlichen Bedarf an neuen Grabstellen zu decken.

Bei den im Jahr 1938 eingemeindeten Gebieten zeigt sich jedoch keine Not an Begräbnisflächen.

Um den immer wiederkehrenden Klagen eines Teiles der Bevölkerung entgegenzutreten, gab der Referent einen teilweisen Überblick über die Leistungen der Friedhofverwaltung.



Heuer wurden 68 Gebäude instandgesetzt, 840 Meter Einfriedungen neu hergestellt und 1.260 Meter Einfriedungen sowie 1.290 Meter Wasserleitung repariert. Ferner wurden 4.180 Quadratmeter Straßen und Wege neu hergestellt und 11.800 Quadratmeter instandgesetzt sowie 380.000 Quadratmeter gereinigt und berieselt. 300 Bäume und 4.800 Hecken sind neu gepflanzt worden. 30.000 Kubikmeter Mistablagerungen wurden abgeführt, 100 Gartenbänke neu angeschafft und 16.000 Grabnummerntafeln nachgeschafft.

Die heuer durchgeführte rund 25-prozentige Erhöhung der Friedhofs- und Feuerbestattungsgebühren war nicht ungerechtfertigt. Eine Grabstelle für die Beerdigung eines Toten für ein gemeinsames oder einfaches Grab kann schon um 9 Schilling erworben werden. Um 120 Schilling bekommt man ein eigenes Grab in laufender Dreierreihe und 180 bis 1.200 Schilling sind für ein eigenes Grab in ausgesuchter Lage erforderlich.

Derzeit wird auch das Projekt eines Waldfriedhofes studiert, um dem Beispiel anderer Länder zu folgen.

Die Zentralwäscherei wurde durch die Anlieferung neuer amerikanischer Maschinen modernisiert. Die für 1952 veranschlagte Waschleistung von 3,75 Millionen Kilo Reinwäsche ist um 350.000 Kilo höher als 1951. Die Einstellung der neuen Maschinen hat eine monatliche Leistungssteigerung von 15 Prozent bewirkt.

Die Magistratsabteilung 46, technische Verkehrsangelegenheiten, war in diesem Jahr maßgeblich an den Arbeiten der Verkehrsplanung beteiligt. Dazu zählen der Umbau der Mariahilfer Straße, der Neubau der Westbahnhof-Vorplätze, der Umbau der Floridsdorfer Brücke und die Unterfahrung auf dem Matzleinsdorfer Platz. Auch beim Neubau des Südbahnhofes, beim Umbau der Aspernbrücke und bei den Vorbereitungen für Praterstern- und Nordbahnumbau wurden Arbeiten geleistet. Für 1952 stehen leider nur beschränkte Mittel für die dringlichsten Arbeiten zur Verfügung.

Die Frage der Errichtung eines Autoparkplatzes an der Oper wurde im laufenden Jahr vielfach diskutiert ohne zu einer endgültigen Lösung zu kommen. In der Frage der Errichtung von Garagen hat der zuständige Gemeinderatsausschuß in diesem Jahr allen privaten Bauvorhaben weitestes Verständnis entgegengebracht und damit der Notwendigkeit zur Schaffung neuer Autoabstellräume Rechnung getragen.



Eingehende Untersuchungen werden derzeit in der Lärmbekämpfung durchgeführt, um zu einer Eindämmung dieser Plage zu kommen. Der Referent sagte, eine Wiener Zeitung hat nicht Unrecht gehabt, als sie schrieb, daß der Lärm in Wien ein Lärm der Armut sei. Die uralten Fahrzeuge, die Motorräder und die ausgeleierte Bremsen der Straßenbahn machen mehr Lärm als anderswo. Aber auch die Rücksichtslosigkeit lärmt in Wien. Es wäre hoch an der Zeit, wenn jene Teile der Bevölkerung, die Schuld an dieser Lärmentwicklung tragen, endlich einsehen sollten, daß Rücksichtnahme ein Gebot unserer Zeit ist. Die Motorisierung Wiens steigt ständig. Ende 1951 sind rund 71.000 Kraftfahrzeuge registriert, nicht gerechnet die Fahrzeuge der Besatzungsmächte. Die Zahl der Kraftfahrzeuge hat sich seit 1937 mehr als verdoppelt. Während vor dem Krieg 6208 Lastkraftwagen angemeldet waren, sind es 1951 schon 21.205. Seit 1945 wurden 22.780 Personenwagen in Wien angemeldet gegenüber rund 16.000 vor 1938. Auch die Zahl der Motorräder hat sich verdoppelt, sie beträgt 27.032.

Die Magistratsabteilung 48 umfaßt Fuhrpark, Straßenpflege und Kehrichtabfuhr. Beim Fuhrpark wird der Abverkauf aller unrationell und unwirtschaftlich geführten Fahrzeuge schleunigst fortgesetzt. Der Personalstand wird 1952 nur mehr 954 Personen umfassen.

Für die Straßenreinigung stehen nunmehr 9 Kehrzüge, 3 kleine Kehrmaschinen, 2 Waschmaschinen, 6 Aufsammlermaschinen sowie 14 Autosprengwagen, 35 Keil- und Seitenräumpflüge, 34 Schneepflüge für die Stadtstraßen mit je 1 Anhänger und 30 kleine Autopflüge zur Verfügung. Die Einsammlung des Hauskehrichts wird durch 61 Großraumwagen der Type Wibro, 4 kleine Müllsammelwagen und 3 Kleinfahrzeugen besorgt. Die letzte Errungenschaft modernster Müllabfuhr ist der vor wenigen Tagen in Betrieb gestellte Gefäßliftwagen.

Stadtrat Dr. Robetschek betonte, daß Straßenpflege und Müllabfuhr die Vorkriegshöhe erreicht und zum Teil überschritten haben. Wien ist in der hygienischen fortschrittlichen Müllabfuhr an erster Stelle innerhalb der europäischen Hauptstädte gerückt.



Als letztes besprach der Referent die städtische Forstverwaltung. In den Wiener Wald-Foresten, Lainzer Tiergarten und Mödling, wurden bis Ende Oktober 2.221 Festmeter Nutzholz und 14.000 Raummeter Brennholz erzeugt. In den Quellschutzforesten sind bis Ende November 7.200 Festmeter Nutzholz, 3.200 Raummeter Brennholz, am Stock 8.100 Festmeter Nutzholz und 7.700 Raummeter Brennholz erzeugt worden.

In den Frühjahrskulturen wurden 600.000 Pflanzen, vorwiegend Fichte, aber auch Kiefern, Lärchen, Buchen und Ahorn, und im Herbst noch 65.000 Pflanzen versetzt, was einer Fläche von 100 Hektar entspricht. Es handelt sich dabei um Aufforstungen alter Schlagflächen. Besonderes Augenmerk wendet die Forstverwaltung der drohenden Versteppung des Stadtrandes zu. Am Wiener Boden war die völlige Umstellung der Landschaft die Ursache dieser Versteppung. Riesige Wiesenflächen, die noch vor einem halben Jahrhundert für die Pferde Wiens das Heu lieferten, sind heute ausgetrocknet. Im Marchfeld ist der Flugrand eine besondere Gefahr. Die Donauregulierung, an und für sich ein Kulturwerk ohnegleichen, hat den Grundwasserspiegel im Marchfeld in verhängnisvoller Weise gesenkt. Dadurch verkümmern die einst so üppigen Donauauen, und es wird immer schwerer, die Auegehölze zu erhalten. Verschärft wird dieser Notstand durch den Donau-Oder-Kanal, der unvollendet nur als riesige Drainagefurche wirkt und die Umgebung entwässert. Der Groß-Enzersdorfer-Donauarm ist zum Großteil vollkommen ausgetrocknet. Der Grundwasserspiegel in der Lobau ist auf ungefähr 5 Meter gesunken. Während die Bevölkerung in einzelnen Teilen der Randgemeinden bei den Aufforstungsarbeiten begeistert mithilft und sie großzügig fortführt, ist es zum Beispiel im 22. Bezirk bisher nicht möglich gewesen, die Aufforstung unter Beteiligung der Bevölkerung vorwärtszutreiben.

Zum Schlusse seiner Ausführungen dankte Stadtrat Dr. Robetschek den Beamten, Angestellten und Arbeitern seiner Verwaltungsgruppe für die im abgelaufenen Jahr erzielten Leistungen und Erfolge. (Beifall bei der ÖVP.) Er ersuchte um die Annahme der Ansätze seiner Verwaltungsgruppe.

Unterbrechung der Budgetdebatte. Fortsetzung siehe Seite 2414.



Weihnachtswünsche für den Bürgermeister  
=====

20. Dezember (Rath.Korr.) Zwei Wiener Kinder, die Geschwister Heide und Toni Peidl, besuchten heute früh Bürgermeister Jonas in seinem Arbeitszimmer und wünschten ihm im Namen der 140 in der Lungenheilanstalt Baumgartner Höhe untergebrachten Kinder ein fröhliches Weihnachtsfest. Die Weihnachtswünsche der Bediensteten von der Baumgartner Höhe übermittelten dem Bürgermeister der Verwalter Aigner und die Oberschwester David. Der Bürgermeister dankte den kleinen Gratulanten für ihren Besuch und bat sie, seine besten Weihnachtsgrüße allen Kindern und den Bediensteten der Anstalt zu überbringen.

Samstag nachmittag: Eröffnung auf dem Matzleinsdorfer Platz  
=====

20. Dezember (Rath.Korr.) Bürgermeister Jonas wird Samstag, den 22. Dezember, um 14.30 Uhr die Eröffnung der Straßenunterführung auf dem Matzleinsdorfer Platz vornehmen. Freigabe der Durchfahrt für den Verkehr erfolgt um etwa 15 Uhr.

Morgen Freitag - Sitzung des Wiener Landtages  
=====

20. Dezember (Rath.Korr.) Morgen Freitag um 9 Uhr tritt der Wiener Landtag zusammen. Auf der Tagesordnung stehen Vorlagen über Änderungen des Hundeabgabegesetzes, über Änderungen des Wiener Grundsteuerbefreiungsgesetzes 1948, sowie über die Befreiung neu geschaffenen Wohnraumes von der Grundsteuer. Referent bei allen drei Gesetzesvorlagen ist Stadtrat Resch.

Im Anschluß an die Landtagssitzung wird der Wiener Gemeinderat die Budgetverhandlungen fortsetzen.



Fischpreise zu Weihnachten  
=====

20. Dezember (Rath.Korr.) Nach Verhandlungen hat sich der Fischgroßhandel über Anregung der Arbeiterkammer bereit erklärt, bei großen Karpfen (über 1.40 kg), die um 21 Schilling auf den Markt hätten kommen sollen, neuerlich den Preis um 50 Groschen je Kilogramm zu senken. Es wird daher ab sofort für diese Karpfen ein Verbraucherpreis von 20.50 S gerechnet. Damit erscheint der verschiedentlich verlautbarte Preis von 21 Schilling überholt.

Die Fischpreise (Verbraucherpreis) betragen je Kilogramm:

Kleinkarpfen (Neusiedler) bis 60 dkg	S 10.---
Kleinkarpfen bis 1 kg	" 16.---
Karpfen im Gewicht von 1 bis 1.40 kg	" 18.---
Karpfen im Gewicht über 1.40 kg	" 20.50
Seelachs	" 7.90
Kabeljau	" 8.50
Seelachsfilet	" 13.80
Kabeljaufilet frisch oder gefroren	" 15.---

Fortsetzung der Budgetdebatte.

GR. Dipl.Ing. Haider (WdU) beklagt den schleppenden Gang bei der Abwicklung baupolizeilicher Angelegenheiten. Er stellt den Antrag, den bestehenden Personalmangel bei der Baupolizei in der Weise zu beheben, daß in stärkerem Ausmaß als bisher im Wege der Reaktivierung vorzeitig in den Ruhestand versetzte erfahrene Fachkräfte wieder eingestellt werden.

Die Gemeinde Wien sollte auch in ihrem Budget im Hinblick auf die große Zahl der in den beiden Weltkriegen gefallenen Wiener einen entsprechenden Beitrag zur Erhaltung und würdigen Ausgestaltung der Kriegsgräber auf den Wiener Friedhöfen leisten und auch den Verein Schwarzes Kreuz entsprechend subventionieren. In der Bevölkerung werde über die hohen Friedhofsgebühren und insbesondere über die kleinliche Anwendung bei ihrer Vorschreibung Klage geführt. Es werde oft für die Entfernung eines kleinen Bäumchens, das neben dem Grabe steht, eine Gebühr angerechnet,



die in gar kein Verhältnis zur Arbeitsleistung zu bringen sei. In einem weiteren Antrag verlangt der Redner eine Vermehrung der Sitzbänke und Abfallkörbe auf den Wiener Friedhöfen.

Der Aufwand für Dienstkraftwagen habe gegenüber dem Vorjahr eine wesentliche Steigerung erfahren. Wenn selbst reichere Großstädte, so vor allem in England, einen ganz radikalen Abbau ihrer Dienstkraftwagen vorgenommen haben, so könnte dies Wien auch tun.

Die Fraktion der Unabhängigen werde den Ansätzen dieses Kapitels ihre Zustimmung geben. (Beifall beim WdU.)

GR. Dr. Matejka (LBl.) verlangt die baldige Inangriffnahme einer großzügigen Stadtplanung als eine der vordringlichsten Aufgaben der Stadtverwaltung. Dabei sollen alle Probleme öffentlich vor einem breiten Forum besprochen und diskutiert werden. Man müsse auch die sachliche Kritik, die andere hervorragende Architekten gegen Prof. Brunner vorbringen, berücksichtigen.

Die gigantische Vermehrung der Agenden der Baupolizei im Zusammenhang mit einem ungenügenden Personalstand führe zu einer Bedrohung der ganzen Bevölkerung. Wenn Stadtrat Robetschek mitgeteilt habe, daß 7000 Baukonsense ausständig seien, so könne man diese Zahl nur als erschreckend bezeichnen. Es genüge nicht, wenn man die bestehenden Mängel aufzeige, sondern man müsse auch den Finanzreferenten dazu bewegen, die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit auf dem Gebiete der Baupolizei die ständige Bedrohung der Bevölkerung beseitigt oder zumindest gemildert werde.

Die Beratungen des Österreichischen Städtetages zu Beginn dieses Monats nimmt der Redner zum Anlaß zu einer Kritik an dem bisherigen System der Bodennutzung, das er vom moralischen Standpunkt aus als ein Verbrechen bezeichnet. Die Sünden der Vergangenheit auf diesem Gebiete seien gigantisch. Es wäre daher zu begrüßen, wenn das auf dem Städtetag angeregte moderne Gesetz zur Beschaffung von Bauland und ein Raumplanungsgesetz tatsächlich bald beschlossen werden könnten.

Redner lenkt die Aufmerksamkeit auf das Seminar für Städtebau und Landesplanung, das eine wertvolle Grundlagenforschung als Voraussetzung für die Städteplanung leiste, und wendet sich sodann ausführlich dem Schicksal des Heinrichshofes zu, der nur wegen der Hemmungen, die der Baupolizei auferlegt sind, noch nicht demoliert



Er unterstreicht die Bedeutung eines neuen Grundbeschaffungsgesetzes und einer anderen Güterverteilung und wendet sich sodann speziellen Verkehrsfragen in der Inneren Stadt, der Standortfrage beim Bau moderner Industrieobjekte und im besonderen der Stadtrandsiedlung und -gestaltung zu. Er verweist auf den Plan zur Aufforstung des stromseitigen Hanges des Leopoldsberges und der reizvollen Umgestaltung des Inundationsgebietes in eine Aulandschaft. Es wird Zeit, daß die gesamte Bau- und Planungspolitik Wiens eine offene Politik wird, daß gerade auf diesem Gebiete, auf dem drohende Gefahren bestehen, endlich einmal eine energische, fortschrittliche und wirklich sozialistische Politik gemacht wird.

GR.Kammermayer (ÖVP) verweist auf die schwere und verantwortungsvolle Arbeit der mit Baufragen befaßten Ingenieure und Beamten. Der Verfall der Althäuser stellt neben der normalen Arbeit der Baupolizei Anforderungen, die kaum mehr erfüllt werden können. Was durch 30 Jahre verstumt wurde, rächt sich jetzt bitter! Eine Generation wohnte auf Kosten der nachfolgenden, und die Menschen werden schwer zahlen müssen.

Ungeheure Kosten verursachen die Reparaturen an den Althäusern. Wenn hier nicht rasch Abhilfe geschaffen wird, ist der Zeitschaden weit größer als der Bombenschaden.

In der Bautätigkeit besteht die Gefahr, daß die kleinen Handwerker wohl Arbeit bekommen, aber wegen Mangel an Baumaterialien dieselben nicht durchführen können. Hier müßte rechtzeitig vorgesorgt werden und eine großzügige Kreditaktion einsetzen.

Anlaß zur Kritik geben die Baubewilligungen. Es ist wohl ein Unterschied, ob irgendwo ein kleiner Zubau oder sonst eine bauliche Veränderung vorgenommen oder ob in Wald- und Wiesengürtel wild darauf losgebaut wird. Redner warnt davor, gerade bei der Baupolizei zu sparen, da sich diese falsche Sparsamkeit bitter rächen würde. Baupolizist kann man nicht von heute auf morgen werden. Hier muß jahrelange Praxis vorhanden sein.

Er unterstreicht die Bedeutung der Stadtvermessungsabteilung und kommt auf die Friedhöfe zu sprechen, bei denen noch nicht alles so sei, wie es sein soll. Auf vielen Friedhöfen können Verunkrautungen und Verwahrlosungen festgestellt werden. Ebenso ist eine stärkere Bewachung der Friedhöfe not-



wendig. Was in der jetzigen Zeit auf den Wiener Friedhöfen gestohlen wird, spottet jeder Beschreibung. Vom Blumendiebstahl bis zur Grabschändung war schon alles da. Er bespricht Spezialfragen der Friedhofsgärtnereien und der Steinmetzwerkstätte, des weiteren das Budget der städtischen Wäschereien und wendet sich hierauf den technischen Verkehrsangelegenheiten zu.

Der stark ansteigende Verkehr stellt diese Abteilung vor vermehrte Aufgaben. Ein arger Rückstand besteht bei den Zulassungen von Fahrzeugen. Ein besonderes Problem ist die Lärmbekämpfung. Wien muß eine ruhige Stadt werden.

Die dem Stadtforstamt zur Verfügung gestellten Summen seien lächerlich. Bei der Hege des Waldes ist man mehr als sparsam. Hunderttausende von Schillingen werden in anderen Gruppen für Dienstkleidung bewilligt, während man hier die Zuerkennung von Dienstkleidern ablehnt. Gerade die Jäger und Heger würden ihr Ehrenkleid verdienen. Aber auch sonst wird in dieser Abteilung zu sehr gespart. Redner ersucht um Aufklärung, warum das an Hirschwang angrenzende Waldgebiet von 1.300 Joch von der Firma Schoeller und Co. nicht gekauft und warum die Verpachtung des Reviers Hinternaßwald nicht mehr genehmigt wurde.

Das Kapitel Fuhrpark bezeichnet Redner als unleidlich. Die Reprivatisierung müsse mit größter Beschleunigung durchgeführt werden. Hier werde unwirtschaftlich gearbeitet. Es wäre interessant, einmal zu errechnen, wie hoch sich die Reparaturen der Gemeindeautos stellen. Auch die Personalpolitik scheine hier eigene Wege zu gehen. In den Werkstätten scheint nicht alles in Ordnung zu sein. Sie wären auf das notwendigste Maß einzuschränken und große Reparaturen der Privatwirtschaft zu übergeben. Gerade bei diesem Kapitel müßten allerstrengste Kontrollen auch von den übergeordneten Stellen vorgenommen werden, um das Defizit des Fuhrparkes auf ein erträgliches Maß zu reduzieren.



In der Straßenpflege sei noch sehr viel zu machen. Man müsse trachten, nach und nach bessere Straßen herzustellen. Wir können glücklich sein, schon einige sehr schöne Straßenzüge zu haben, so die Wientalstraße, einen Teil des Ringes, die Mariahilfer Straße und als besondere Attraktion die Wiener Höhenstraße.

Die Müllabfuhr ist bereits vorbildlich. Hier kann sich Wien mit jeder anderen Großstadt messen. Eine große Sorge bereitet nur die Ablagerung, und die Müllverbrennung ist eine nicht mehr aufzuschiebende Frage.

Redner bitte, in Hinkunft nur dann mit Enteignungen vorzugehen, wenn eine solche wirklich vertretbar sei, und schließt: Wir arbeiten gemeinsam an dem Wiederaufbau, an der Verschönerung unserer Stadt und müssen trachten, auch im nächsten Jahr das Beste zu tun. Stadtrat Dr. Robetschek, dem er wie auch seinen Mitarbeitern herzlich danke, bitte er, weiter in bewährter Tatkraft seines Amtes zu walten.

Seine Fraktion stimme für die Annahme des Budgets dieser Verwaltungsgruppe.

GR. Fronauer (SPÖ) weist in seinen Ausführungen darauf hin, daß es Jahre dauern werde, bis man die Müllverbrennung in Wien einführen könne. Das Problem wurde schon 1927 unter Breitner studiert, doch haben sich inzwischen die Verhältnisse grundlegend geändert.

Bei der Baupolizei habe er den Eindruck, als ob man hier die Verantwortung vom Amtsführenden Stadtrat abwälzen und dem Baudirektor auflasten möchte.

Bezüglich der Friedhöfe verlarzt der Redner die Einschränkung der Vergebung von Grabstätten auf Friedhofsdauer sowie eigene Urnenbestattungsstätten auf allen Wiener Friedhöfen. Für den Siebenhirtner Friedhof soll ein großes Areal dazugekauft werden, doch ist der Kauf noch nicht abgeschlossen. Redner verlangt, daß diese Frage so rasch wie möglich geklärt werde.

Zu den Wäschereien bemerkt er, daß man sich mit den guten Erfolgen, die mit den amerikanischen Waschmaschinen erzielt wurden nicht begnügen und den Ausbau fortsetzen solle.

Bezüglich der Magistratsabteilung 46 bezeichnet GR. Fronauer eine rasche Ausgestaltung des Vorrangstraßennetzes für notwendig. Er verlangt ferner Kennzeichnung wichtiger Straßenkreuzungen in



den Randgemeinden.

Die Garagenfrage werde etwas leichter werden, wenn einmal die Besatzungsmächte abziehen. Trotzdem müsse man sich in Zukunft um eine Lösung des Problems bemühen.

Zu den Angriffen GR. Kimmerymayers gegen den städtischen Fuhrpark bemerkt der Redner, daß nach Kriegsschluß die Bezirksvertretungen darum kämpfen mußten, von den privaten Fuhrwerkunternehmen auch nur ein Fuhrwerk zu bekommen. (Gegenrufe bei der ÖVP.) Der Redner sagte, er wisse, daß eine Hypertrophie des Fuhrparks bei der Gemeinde nicht günstig sei, doch müsse der notwendige Fuhrpark aufrecht erhalten bleiben.

Zu den Ausführungen des Referenten, daß es nicht gelingt, die Bevölkerung für die Aufforstung zu gewinnen, teilt er mit, daß im 22. Bezirk nicht die Bevölkerung sondern nur einer, nämlich ein ÖVP-Landesrat, sich aus egoistischen Motiven gegen die Schutzbauten gewehrt hat. Der Redner unterstreicht auch seine Forderung nach einem Gesetz zum Schutze des Wiener Waldes und des Lainzer Tiergartens. Er verlangt in diesem Zusammenhang, daß der Bürgermeister an die Besatzungsmacht herantreten möge, damit weder Mannschaften noch Offiziere in der Nacht in den Tiergarten hineinfahren und das Wild zu Tode hetzen.

Abschließend stellt GR. Fronauer fest, daß bei Anerkennung all der Leistungen in dieser Verwaltungsgruppe nicht alle Wünsche befriedigt werden konnten, weil höhere Interessen der Stadt dies nicht gestatteten. Trotzdem gebe er aber im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen des Voranschlages. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Dr. Robetschek behandelt in seinem Schlußwort die Ausführungen der Debattenredner. Er teilt mit, daß 1951 62 Dienstwagen vorhanden sind. Im laufenden Jahr wurden 13 Wagen abgegeben und im Zuge der Rationalisierung des Betriebs 7 neu gekauft. Die Steigerung der Ansätze ist ausschließlich auf die Erhöhungen im Personal- und Sachaufwand zurückzuführen. Von dem Gesamtaufwand von 3.9 Millionen entfallen allein 2.1 Millionen auf den Personalaufwand.

Im übrigen stellt der Referent fest, daß vieles was von den Debattenrednern gesagt wurde, nicht zu seinem Kapitel gehört; vor allem die großen Fragen der Stadtplanung. Man hat mit Absicht bei



der Planungskommission den Kreis möglichst klein gehalten, um besser arbeiten zu können. Außerdem hat der Fachbeirat alle Fragen ebenfalls studiert und war gewissermaßen als Kontrolle damit beschäftigt, die Anregungen der Planungskommission zu überprüfen. Prof. Brunner wurde für seine Arbeit Dank und Anerkennung ausgesprochen. Er wird auch weiterhin in einem losen Verhältnis für Aufgaben der Planung zur Verfügung stehen. Dem Wiener Gemeinderat wird Prof. Brunner einen besonderen Bericht erstatten.

Bezüglich der Baupolizei sagte der Referent, daß ihre Aufgaben dadurch besonders erschwert sind, daß die Möglichkeit einer Kontrolle nicht überall in ausreichendem Maß gegeben ist. Er hoffe jedoch, die Kontrollen verstärken zu können.

An der Demolierung des Heinrichshofes sei nicht, wie GR. Dr. Matejka behauptet habe, das Bundesdenkmalamt schuld. Es haben vielmehr die Gutachten der Baupolizei die Situation zunächst noch nicht so kraß dargestellt, und außerdem haben dabei die Eigentümer und nicht zuletzt auch die Mieter des Hauses alle Mittel in Bewegung gesetzt, um eine Nickerreißung zu verhindern. (GR. Dr. Matejka: Aber als der Kinoplan gekommen ist, ist es schnell gegangen!) Das hat damit gar nichts zu tun. Das zuletzt von der Baupolizei erstattete Gutachten war jedenfalls so gehalten, daß die verschiedenen anderen Gutachten der Mieter und Eigentümer übergangen werden mußten, weil die ganze Situation so kritisch geworden ist, daß man sich zur Demolierung des Gebäudes entschließen mußte. Bei der Wiedererrichtung des Heinrichshofes sind übrigens auch unterirdische Garagen und Abstellräume für Besucher der Wiener Oper vorgesehen, so daß die Parkplätze im Inneren der Stadt wenigstens teilweise entlastet werden können.

Zur Klage über die Verwahrlosung und Verunkrautung der Wiener Friedhöfe stellt der Stadtrat fest, allein die Tatsache, daß 4.200 m<sup>2</sup> Straßen auf den Friedhöfen angelegt wurden, beweise, daß man sich bemühe, die Verwahrlosung der letzten zehn Jahre aufzuholen.



In dem größeren Teil der Friedhofsfläche sei es hier bereits zu einer wirklichen Besserung gekommen. Bezüglich der Friedhofsdiebstahle müsse er die verschiedensten Wünsche der Bevölkerung berücksichtigen, wobei die einen die Tore offen und die anderen sie gesperrt haben wollen. Nur wenn ein einziges Friedhofstor geöffnet ist, ist die Gewähr geboten, daß eine entsprechende Überwachung durchgeführt werden kann. Auf jenen Friedhöfen, wo in den letzten Monaten nur ein Tor offen war, sind auch praktisch keine Diebstahle mehr vorgekommen. Es ist richtig, daß durch die seinerzeitige Vergebung von Gräbern auf Friedhofsdauer etwa ein Drittel der Friedhofsflächen für einen Neubelag nicht in Frage kommen, jedenfalls aber werden seit 1950 keine Gräber mehr auf Friedhofsdauer vergeben. Dadurch ist auch die Gewähr geboten, daß künftighin wieder mehr Raum zur Verfügung stehen wird.

Seine Verwaltungsgruppe habe, schließt Stadtrat Dr. Robetschek, nicht die gleiche Optik aufzuweisen, wie andere Zweige der Wiener Gemeindeverwaltung. Die stille Arbeit der Baupolizei, der Friedhofsverwaltung, der Kehrrichtabfuhr und Straßenpflege würde man erst dann richtig würdigen, wenn man diese heute gut funktionierenden Einrichtungen vermissen müßte. Die fleißigen Arbeiter, Angestellten und Beamten dieser Verwaltungsgruppen, die meist im Stillen wirken, haben aber ein besonderes Anrecht, daß man ihre Arbeit anlässlich der Budgetdebatte hervorhebt. Er bitte, den Voranschlag seiner Verwaltungsgruppe anzunehmen. (Lebhafter Beifall bei der Volkspartei.)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze der Geschäftsgruppe Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten angenommen.

Der Entschließungsantrag Dipl.Ing.Haider auf Erhöhung des Personalstandes der Baupolizei wird dem zuständigen Ausschuss zugewiesen, ein weiterer Entschließungsantrag des gleichen Gemeinderates auf Vermehrung der Sitzbänke und Abfallkörbe auf den Friedhöfen wird abgelehnt.

Unterbrechung der Budgetdebatte.



Was macht man bei Maul- und Klauenseuche?  
=====Die veterinärbehördlichen Maßnahmen

20. Dezember (Rath.Korr.) Um der äußerst infektiösen Maul- und Klauenseuche, für die alle Klautiere empfänglich sind und die den größten wirtschaftlichen Schaden anrichten kann, Herr zu werden, müssen von den mit der Bekämpfung amtlich beauftragten Tierärzten strengste veterinärbehördliche Maßnahmen getroffen werden. Sie stützen sich auf das Tierseuchengesetz vom 6. August 1909 und auf die auf Grund desselben erlassenen Verordnungen und Kundmachungen. Es liegt im eigenen, sowie im Interesse der Allgemeinheit, allen von den Behörden und den Amtstierärzten erlassenen Anordnungen genauestens nachzukommen. Das Veterinäramt der Stadt Wien weist nun nachstehend auf die wichtigsten Vorkehrungen hin, die zur Bekämpfung und Tilgung der Maul- und Klauenseuche sowie zur Verhinderung ihrer weiteren Ausbreitung getroffen werden müssen:

In verseuchten Gebieten, die wegen Maul- und Klauenseuche als gesperrt gelten, ist über sämtliche Wiederkäuer und Schweine die Stallsperre zu verhängen. Geflügel, Katzen und Hunde sind so zu verwahren, daß sie den Hof nicht verlassen können. Bei Übertretung dieses Verbotes kann mit der Tötung dieser Tiere vorgegangen werden. Die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Klautieren ist zu untersagen. Hievon können nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen und unter Beachtung bestimmter Vorsichten Ausnahmen zugelassen werden. Versammlungen, Belustigungen usw. sind nach Möglichkeit zu verbieten. Bei besonders großer Gefahr der Verschleppung und Ausbreitung der Seuche kann unter anderen der gesamte Verkehr auf das äußerste Maß beschränkt werden. Die Schutzimpfung gefährdeter Klautierbestände kann angeordnet werden.

Im Seuchenhof selbst sind an allen Eingängen Warnungstafeln anzubringen mit der Aufschrift "Gesperrt wegen Maul- und Klauenseuche, Eintritt verboten". Über alle Klautiere ist die Stallsperre zu verhängen; sie dürfen also den Stall nicht verlassen. Vor die Eingänge des Gehöftes und der Stallungen sind sogenannte Desinfektionsteppiche (Sägespäne, Säcke u.dgl.) in entsprechender Breite zu legen, die mit Ätznatronlösung feucht zu halten sind,



sodaß die Schuhe der Personen, die ein- und austreten desinfiziert werden. Das Betreten der Seuchen-Stallungen ist grundsätzlich nur den Besitzern, den mit der Wartung und Pflege beauftragten Personen, Tierärzten und den zur Durchführung behördlicher Anordnungen berufenen Organen gestattet. Händlern, Fleischhauern, Viehkatriern, Klauenschneidern und anderen in Ställen gewerbsmäßig verkehrenden Personen ist auch das Betreten des Gehöftes untersagt, um auch einer Weiterverbreitung und Verschleppung des Ansteckungstoffes durch diese wirksam entgegenzutreten. Personen, die im Stalle beschäftigt sind, haben sich vor Verlassen desselben einer gründlichen, genau vorgeschriebenen Reinigung und Desinfektion zu unterziehen, bei gleichzeitigem Wechsel der Kleider (Überkleider, Arbeitskleider). Das gleiche gilt auch beim Verlassen des Gehöftes, wenn dies vom Amtstierarzt überhaupt gestattet wird. Die Bewohner eines Seuchengehöftes dürfen fremde Stallungen, bezw. andere Gehöfte nicht betreten. Die Ausfuhr von Stroh, Rauhfutter und Dünger ist verboten. Fremde Klautiere dürfen in das Gehöft nicht verbracht werden. Häute geschlachteter Tiere unterliegen einer bestimmten Desinfektionsvorschrift. Geflügel, Katzen, Hunde und sonstige Kleintiere sind einzusperren. Der Seuchendünger ist (mit frischer Kalkmilch zu übergießen, bezw.) zu packen, damit durch seine darauffolgende Selbsterhitzung der Ansteckungstoff sicher vernichtet wird. Wird in einem Gehöft die Maul- und Klauen-seuche bei einem Tier festgestellt, so wird der mit der Seuchentilgung amtlich beauftragte Tierarzt die künstliche Infektion der noch gesunden Klautiere vornehmen, damit alle gleichzeitig erkranken, - bei der natürlichen Durchseuchung würden die empfänglichen Tiere nur allmählich nacheinander erkranken - (alle gleichzeitig durchseuchen) und die Seuche so schnell zum Erlöschen kommt. Wenn die Maul- und Klauen-seuche in einer von ihr sonst freien Gegend vereinzelt auftritt, kann die Tötung der seuchenkranken und verdächtigen Tiere angeordnet werden, wenn anzunehmen ist, daß die Seuche dadurch rasch getilgt werden kann.

Die Zulässigkeit der Schlachtung kranker Tiere zum Zwecke des Fleischgenusses hängt von dem Gutachten eines Tierarztes ab. Die Inverkehrbringung solchen Fleisches geschieht unter Voraussetzungen, die die Weiterverbreitung des Ansteckungstoffes oder irgend eine Gefahr für den Menschen vollkommen ausschließen. Von der Milch kranker Kühe ist zu sagen, daß diese in rohem Zustande



nicht abgegeben werden darf. Solche Milch muß vor dem Genuß gekocht werden, auch wenn sie an Tiere verfüttert wird. Wird Milch aus Seuchengehöften, bzw. aus gesperrten Ortschaften an Sammelmolkereien abgegeben, geschieht dies unter derartigen Bedingungen, daß auch hier jede Verschleppung des Ansteckungsstoffes hintangehalten wird. Da derartige Milch nur unter amtstierärztlicher Kontrolle in solche Molkereien abgegeben werden darf, die die Milch pasteurisieren, wird auch so jede Gefahr für den Menschen beseitigt.

Eine Bitte an die Autofahrer  
=====

20. Dezember (Rath.Korr.) Die Magistratsabteilung 28 ersucht die Autofahrer, die Absperrung des letzten Teiles der Prinz Eugen-Straße, dessen Unterbeton noch nicht erhärtet ist, zu respektieren und nicht über das Straßenbahngleis einzufahren.

Jährlich entstehen der Gemeinde Wien durch zu frühes Befahren frischen Betons große Schäden. Außerdem können sich Folgen in Jahrzehnten durch wesentliche Herabsetzung der Lebensdauer des Unterbetons ergeben.

Die Magistratsabteilung 28 bittet daher um Schonung dieses Vermögens der Öffentlichkeit auf die Dauer der noch 14 Tage dauernden Absperrung.

Autobuslinie 31 - zeitweise Linienverlängerung an Samstagen  
=====

20. Dezember (Rath.Korr.) Ab Samstag, den 22. Dezember, wird die Autobuslinie 31 (Siedlung Süd-Ost - Lehmgasse) an Samstagen in der Zeit von 8 bis 13 Uhr versuchsweise bis zum Reumannplatz (Amalienbad) verlängert. Der Fahrpreis für die verlängerte Strecke "Lehmgasse - Reumannplatz", die als Aufzahlungsstrecke gilt, beträgt 60 g.



Förderungspreise der Stadt Wien an Künstler und Wissenschaftler  
=====

20. Dezember (Rath.Korr.) Zum zweiten Mal in diesem Jahre wurden heute vormittag im Amt für Kultur und Volksbildung an begabte Künstler und Wissenschaftler Förderungspreise der Stadt Wien übergeben. Stadtrat Mandl händigte nach einer den Anlaß würdigenden Ansprache, Geldbeträge von je 2.000 Schilling an folgende Preisträger aus:

Johann Gunert, geboren 1903 in Mödritz, Gemeindebeamter, betrieb privat philosophische, literarische, kunst- und musikgeschichtliche Studien, betätigte sich seit 1932 als Lyriker in Zeitungen, Zeitschriften und Anthologien, verfaßte seit 1946 für die Ravag Aufsätze zur Gegenwartsliteratur Österreichs und des Auslandes sowie musikhistorische und andere Einzelveröffentlichungen, veranstaltete Vorträge und Dichterlesungen für Volksbildungshäuser und für städtische Bibliothekare. Von ihm stammt die Gedichtsammlung "Irische Litanei" und die Sonettendichtung "Das Leben des Malers Vincent van Gogh". Ein neuer Gedichtband "Überall auf unserer Erde" erscheint voraussichtlich zu Ostern 1952.

Viktor Korda, geboren 1900 in Wien, wirkte seit 1926 als Chorleiter, Vortragender an Volkshochschulen und im Rundfunk, später auch als Musiklehrer an Mittelschulen, hat verdienten Anteil an der Gründung der Arbeiterkindersingschulen und an der musikalischen Volksbildung, tritt besonders für die Intensivierung der Hausmusik und für die Steigerung des Publikumsinteresses an der österreichischen Musikpflege ein, Instrumental- und Vokalkomponist, besonders erfolgreich in der Kanonkomposition (drei Kanonzyklen nach Worten von Goethe, Trakl und Luitpold). Größere Werke: Symphonie in G-moll, "Legende für Streichorchester und 14 Bläser", Orchestersuite "Es liegt ein Schloß in Österreich", Oratorium "Jakob der Letzte", Kantaten "Stunde der Befreiung" und "Das Lied vom Arbeitmann".

Ursula Kröber, geboren 1906 in Leipzig, Buchbindermeisterin, auf zahlreichen internationalen Ausstellungen und Messen in Amerika, Dänemark, Frankreich und Italien usw. als Kunstgewerblerin bekannt geworden, zweijährige Tätigkeit als Leiterin der von ihr eingerichteten Buchbinderklasse an der Aka-



demie für angewandte Kunst in Wien. Seit 1948 wieder selbständig tätig, befaßt sie sich vorwiegend mit Arbeiten bibliophiler Art und künstlerischen Kartonagen.

Hans Thomas, geboren 1903 in Mödling, Maler und Graphiker, als Gebrauchsgraphiker ausgebildet, Mitarbeiter des Neurathschen Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums, für dessen "Gesellschafts- und Wirtschafts atlas" er die meisten bildstatistischen Typen entwarf. Von der ostasiatischen Kunst nachhaltig beeindruckt, betätigte er sich seit 1936 als selbständiger Künstler, schuf neben Arbeiten rein künstlerischer, stark persönlicher Graphik, die im Vorjahr in einer von der Akademie für angewandte Kunst für ihn veranstalteten Kollektivausstellung zu sehen waren, Werbeplakate, Illustrationen für Kinderbücher, Bucheinbände usw.

Dipl.Ing.Dr.techn.Franz Vitovec, geboren 1921 in Wien, Assistent und Hilfslehrer an der höheren Staatsgewerbeschule, seit 1947 Assistent an der technischen Versuchsanstalt der Wiener Technischen Hochschule bei Prof. Leon, gegenwärtig im Habilitationsstadium für das Fachgebiet "Allgemeine Metallkunde und Werkstoffprüfung", verfaßte elf wissenschaftliche Arbeiten, nahm an in- und ausländischen Tagungen teil.

#### Die jüngste Hundertjährige

=====

20. Dezember (Rath.Korr.) Frau Theresia Schuller aus Stammersdorf feiert heute ihren hundertsten Geburtstag. Aus diesem Anlaß erschien am Vormittag Bürgermeister Jonas in Begleitung von Vizebürgermeister Weinberger, Bezirksvorsteher Theumer und dem Ortsvorsteher von Stammersdorf Hackel in der Wohnung der greisen Jubilarin, um ihr die Glückwünsche der gesamten Bevölkerung Wiens zu übermitteln. Bürgermeister Jonas übergab Frau Schuller, der vierten Hundertjährigen, die in der letzten Zeit von der Stadtverwaltung geehrt wurde, ein großes Geschenkpaket mit einer Geldspende.

Frau Schuller blickt auf ein sorgenreiches, mit Arbeit erfülltes Leben zurück. Von ihren sieben Kindern sind noch drei



am Leben. Ihre körperliche Rüstigkeit gestattete es ihr noch vor kurzem, fast täglich ihre Familienangehörigen am Bisamberg zu besuchen. Nach dem überschrittenen Hunderter, so meint sie, wird ein Ausflug auf dem beliebten Bisamberg ohne Stock und Rasten kaum möglich sein. Im Haushalt ihres Sohnes, eines Maler- und Anstreichermeisters, macht sie sich aber noch immer nützlich. Die jüngste Hundertjährige zeigte sich über den unerwarteten Besuch der Stadtväter hoch erfreut: "Wer hundert Jahre alt werden will", antwortete sie auf die neugierige Frage des Bürgermeisters Jonas, "muß ein Frühaufsteher sein und immer zeitlich schlafen gehen. Und wenn man auch einen guten Humor hat, dann kann man den Hunderter leicht erreichen!" Daß das mit dem Humor in ihrem Falle stimmt, bewies sie, als sie einen der prominenten Gratulanten, von dem sie annahm, daß er es am ehesten wissen könnte, mit der Frage überraschte, wie lange wohl die heilige Thekla gelebt habe. Mit einem schmunzelnden Blick und einem schelmischen Blinzeln gab sie dann selbst zur Antwort: "Na, halt so lang, bis sie gestorben ist!" Bei einem Glas Bisamberger mußten die Stadtväter versprechen, daß sie auch zu ihrem 101. Geburtstag wieder nach Stammersdorf gratulieren kommen.

Rindernachmarkt vom 20. Dezember

=====

20. Dezember (Rath.Korr.) Unverkauft vom Hauptmarkt: 32 Ochsen, 33 Stiere, 117 Kühe, 9 Kalbinnen, Summe 191. Neuzufuhren aus dem Inland: 46 Ochsen, 24 Stiere, 119 Kühe, 14 Kalbinnen, Summe 203. Gesamtauftrieb: 78 Ochsen, 57 Stiere, 236 Kühe, 23 Kalbinnen, Summe 394. Unverkauft: 40 Ochsen, 18 Stiere, 46 Kühe, 8 Kalbinnen, Summe 112. Verkauft wurden: 38 Ochsen, 39 Stiere, 190 Kühe, 15 Kalbinnen, Summe 282.

Bei ruhigem Marktverkehr wurden die Hauptmarktpreise schwach behauptet.

Schweinenachmarkt vom 20. Dezember

=====

20. Dezember (Rath.Korr.) Gesamtauftrieb: 1773 inländische Fleischschweine. Verkauft wurde alles.

Bei lebhaftem Marktverkehr wurden inländische Fleischschweine aller Qualitäten zum Preise von 14 S je Kilogramm gehandelt.



Fortsetzung der Budgetdebatte.Der Bericht über das Wohnungswesen

Als nächste Budgetgruppe gelangt das Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen zur Verhandlung, worüber Stadtrat Koci (SPÖ) Bericht erstattet.

11.659 Notstandsfälle

Er hebt hervor, daß die Zahl der in die Klasse I eingereichten Wohnungssuchenden gegenüber dem Ende des Vorjahres von 32.586 um 1341 auf 33.927 gestiegen ist, obwohl in diesem Zeitraum 12.397 Wohnungen zugewiesen wurden. Unter den in Klasse I vorgemerkten Wohnungswerbern gibt es derzeit 11.659 Notstandsfälle, was gegenüber Ende 1951 einen Anstieg um 2030 bedeutet. Die 11.659 Notstandsfälle setzen sich zusammen aus 228 Einsturzgefährdeten, 3657 Obdachlosen, 7444 von Obdachlosigkeit Bedrohten und 330 schwer gesundheitlich Gefährdeten.

Die Zahl der in die Klasse II eingereichten Wohnungssuchenden ist gleichfalls gegenüber dem Vorjahr von 17.383 auf 20.129 gestiegen.

Im heurigen Jahr ist es uns gelungen, stellt Stadtrat Koci fest, vor kurzem die 10.000ste Einweisung seit 1948 in eine Gemeindewohnung vorzunehmen. Im Laufe dieses Jahres wurden 5292 Gemeindewohnungen mit 17.613 Personen zugewiesen. Weiter erfolgten Zuweisungen in 775 Altgemeindewohnungen für 1500 Personen und in 6330 Privatwohnungen für 16.863 Personen. Insgesamt sind daher in diesem Jahre 12.397 Wohnungen an 35.976 Personen zugewiesen worden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

In die 5292 im heurigen Jahr zugewiesenen Gemeindewohnungen wurden eingewiesen: 170 Einsturzfälle, 610 obdachlose Familien, 1305 vor der Delogierung stehende Wohnungssuchende, 11 Tbc-gefährdete Familien, 1062 Fälle der Klasse I, 837 Fälle der Klasse II und 1297 in die Klasse III eingereichte Wohnungssuchende. In diesen Neubauwohnungen wohnen jetzt 13.081 Erwachsene und 4532 Kinder, zusammen also 17.613 Personen.

Zu der in der Generaldebatte von GR. Haim vorgebrachten Kritik, daß angeblich in Einzelräume 3 Personen eingewiesen worden seien, stellt der Stadtrat ausdrücklich fest, daß es dies nicht gibt und dies auch nicht vorgekommen ist. Es könnte nur sein, daß



zu dem eingewiesenen Mieter jemand zugezogen ist. Die Gemeinde Wien vergibt die Einzelräume nach einem ganz besonderen Gesichtspunkt. Vor allem werden alleinstehende Ausgebombte berücksichtigt. Darüber hinaus nimmt die Gemeinde Bedacht auf eine besondere Berufskategorie, die Krankenschwestern. Es war in den letzten Wochen möglich, rund 80 Krankenschwestern in den verschiedensten neuen Wohnhausanlagen einzuweisen. Diese Schwestern wurden nicht in einem Schwesternhaus zusammengezogen, da man diese Menschen nicht auch noch in ihrem Privatleben uniformieren soll, sondern sie wurden auf alle neuen Wohnhausanlagen aufgeteilt, denn sie sollen nicht immer zu fühlen bekommen, daß sie auch in ihrem Privatleben die Krankenschwestern sind, die nicht von ihrem Berufe loskommen können. (Beifall bei den Sozialisten.)

Im Schnellbauprogramm der Gemeinde Wien wurden Bauten in der Siemensstraße und in der Gudrunstraße errichtet. Wir sind bestrebt, betont Stadtrat Koci, bei Einweisungen in diese Bauten der jungen Generation zu beweisen, daß wir Verständnis dafür haben, daß auch die jüngeren Menschen zu einem Heim kommen sollen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.) Es war ein guter Gedanke, zusätzlich jährlich 1000 Wohnungen im Schnellbauprogramm zu erbauen. Wir versuchen dabei, neuartige Wascheinrichtungen zu errichten, sind aber nicht völlig damit zufrieden. Hier müssen die Techniker die maschinellen Einrichtungen noch verbessern. Es ist zu hoffen, daß es gelingen wird, diese Wascheinrichtungen so zu gestalten, daß die Hausfrauen auch wirklich zufrieden sein werden. (Beifall bei den Sozialisten.)

Aus den Obdachlosenheimen werden mehr Leute in Wohnungen eingewiesen, als in der Öffentlichkeit bekannt ist. Ich bemühe mich stets, diejenigen, die unverschuldet in diese Obdachlosenhäuser kommen, vor allem zur berücksichtigen. Das Wohnungsanforderungsgesetz, das am 31. März 1952 abläuft, muß wieder verlängert werden.



Im Berichtsjahr waren 3.848 Wohnungstauschansuchen zu behandeln, von denen 170 nicht genehmigt wurden, weil es uns in diesen Fällen gelungen ist, den Nachweis und eine Begründung der Ablehnung zu erbringen. Redner bemängelt die verschiedenen Praktiken verschiedener Realitätenbüros bei Wohnungstauschen.

Ein wesentlicher Beitrag zu dem ständigen Anwachsen der Wohnungssuchenden ist auch der Umstand, daß durch das NS-Gesetz, vielfach aber auch ohne dieses Gesetz, im Jahre 1945 Menschen ihre Wohnungen verloren haben, denen wir nun diese Wohnungen zurückgeben müssen. Vielfach wird der Versuch gemacht, dem neuen Mieter vergleichsweise eine andere Wohnung zu geben.

Stadtrat Koci führte weiter aus, daß, soweit die Ziffern dem Magistrat bekanntgegeben werden, in Wien - ohne Mödling - derzeit von allen vier Besatzungsmächten 2.404 Wohnungen beschlagnahmt sind, weiter 256 Untermieten, 192 Villen, 15 Hotels, 28 Kaffees und Restaurants, 28 Lokale, 53 Garagen, 4 Schulen, 6 Büros, 116 Objekte, die in keine der angeführten Kategorien gehören sowie 38 Häuser. Außerdem sind noch 727 Wohnungen, 122 Untermieten und 1 Villa der Verfügungsgewalt der österreichischen Behörden dadurch entzogen, daß wohl die militärische Beschlagnahme durch die Besatzungsmacht aufgehoben, jedoch über Befehl dieser Besatzungsmacht Zivilpersonen eingewiesen wurden, die nach österreichischem Recht keinen Anspruch auf diese Wohnungen hätten.

Freigegeben wurden im Berichtsjahr bis 15. Dezember 1951 von den Russen 157, den Franzosen 111, den Amerikanern 92 und den Briten 38 Wohnungen.

Der gesamte Posteinlauf einschließlich der Aktenstücke dieser Magistratsabteilung betrug vom 1. Jänner bis 30. November d. J. 287.331 Stück, der gesamte Ausgang 282.612, sodaß sich hier eine Differenz von rund 5.000 Stück ergibt.

Bei den Mietzinserhöhungen in den städtischen Altgemeindegäusern ist in gerechter demokratischer Form mit den Mietern verhandelt worden. Die Mietzinse mußten aber erhöht werden, um die Erhaltung der Häuser zu gewährleisten. Es ist Vorsorge getroffen, daß diese Beträge auch tatsächlich ausschließlich der Erhaltung dieser Häuser zugeführt werden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Mit Stand vom 30. November 1951 werden 78.675 Wohnungen und 4.396 Lokale von der zuständigen Magistratsabteilung 52



verwaltet. Gegenüber dem Stande vom 15. Dezember 1950 ergibt sich ein Gesamtzuwachs von 4.810 Wohnungen und 93 Lokalen. Für diese Objekte sind in Althäusern 546 und in Wohnhausanlagen und Wohnsiedlungen neuerer Art 1.502, insgesamt also 2.048 Hauswarte bestellt.

Für die Durchführung von Instandsetzungsarbeiten wurden im Berichtsjahr von der Magistratsabteilung 27 über 60 Millionen Schilling ausgegeben.

Seit 1945 wurden zur Behebung von Kriegeschäden an gemeindeeigenen Häusern aus eigenen Mitteln der Gemeinde insgesamt 124,525.000 Schilling verwendet.

Der Referent bespricht die Ansätze der Wäschereien und Badeanlagen sowie der Amtshäuser und wendet sich sodann den Budgetsummen für Siedlungen und Kleingärten zu.

Für 28.000 Kleingärten stehen auf städtischen Grundstücken 6,5 Millionen Quadratmeter zur Verfügung. Von den 6,5 Millionen Quadratmetern hat der Zentralverband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter Österreichs zirka 5,750.000 Quadratmeter in Generalpacht.

Der Erntelandbewegung hatte im Jahr 1950 auf städtischen Grundflächen 2 Millionen Quadratmeter, auf Privatgrundstücken 600.000 Quadratmeter, im Jahr 1951 1,840.000 Quadratmeter bzw. 360.000 Quadratmeter, derzeit insgesamt 2,200.000 Quadratmeter mit 10.200 Erntelandparzellen. Der Ernteergebnis betrug im Jahre 1951 zirka 8 Millionen Kilogramm im Werte von etwa 12 Millionen Schilling.

Der Berichterstatter ersucht, durch eine gesunde Kritik die Arbeit in dieser Verwaltungsgruppe zu erleichtern. Trotz aller Bemühungen werde es allerdings auf dem Gebiete des Wohnungswesens niemandem gelingen, es allen recht zu machen, denn jeder, der nicht zum Zuge kommt, während ein anderer eine Wohnung erhält, wird glauben, gerade ihm sei Unrecht geschehen. Er ersucht um Verständnis für die besonderen Schwierigkeiten speziell dieser Verwaltungsgruppe. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)



In der Debatte spricht als erster GR.Dipl.Ing. Haider (WdU). Er ersucht Stadtrat Koci, die von ehemaligen Nationalsozialisten beschlagnahmten Möbel zurückzugeben soweit sie noch vorhanden sind. Man könne damit eine Verbitterung lösen, die weite Kreise der Bevölkerung ergriffen hat. Schließlich sei mit diesen Möbeln längst niemand mehr gedient.

Er bemängelt auch, daß die Herausgabe von einzelnen Einrichtungsgegenständen wie Kinderwagen oder Musikinstrumente, die nicht der Beschlagnahme unterliegen, verweigert wird. Ähnliches gilt auch von den beschlagnahmten Wohnungen. Selbst kinderreiche Familien, denen man die Wohnung entzogen hat, müssen nun unter unwürdigen Verhältnissen leben.

Bezüglich der Wohnungseinweisungen sagt der Redner, wir haben immer wieder gehört, daß nach parteipolitischen Grundsätzen vorgegangen wird. Wir haben ebenfalls mit beredten Worten die Versicherung gehört, daß dem nicht so sei und ausschließlich nach der Dringlichkeit vorgegangen wird. Wir wollen gerne an diese Beteuerungen glauben, aber in der Praxis findet man immer noch Beispiele dafür, daß nach parteipolitischen Gesichtspunkten entschieden wird. Äußerungen wie "keine ehemaligen Nazi in die Gemeindewohnungen!" wirken schmerzlich.

Wir Unabhängigen, fuhr der Redner fort, sind in einer höchst unangenehmen Situation. Kommen Sie einmal in unsere Sprechstunden, Sie würden daraus ersehen, welche Rolle wir eigentlich spielen. Es wird in späteren Zeiten sicherlich einmal aufscheinen, daß wir in erster Linie die Leute in ihrem Leid vor Unbesonnenheiten zurückhalten. (GR.Dr.Matejka: "Kommen Sie einmal in die Sprechstunden der politisch Geschädigten!") Nichts gegen diese Geschädigten, sagte der Redner, aber ich glaube wir können uns die Waage halten; man muß alles vom menschlichen Standpunkt aus betrachten. (Dr.Matejka: "Fangen Sie nicht an zu provozieren!"). Wir werden immer in unserer Tätigkeit beschimpft und verhöhnt. Das ist eine Ungerechtigkeit! Spätere Zeiten werden zeigen, was wir in der Stille alles geleistet haben.



Nach diesen grundsätzlichen Ausführungen beschäftigte sich der Redner mit einzelnen Fragen in der Geschäftsgruppe Wohnungsangelegenheiten. Es kommen immer Klagen von Mietparteien, daß sie die Benützungsgebühren für die Wäschereien automatisch mitzahlen müssen ohne die Waschanlage zu benützen. Bei den Siedlungen zeigt sich wieder die Praxis, daß die entzogenen Siedlergärten reklamiert werden, aber bis zur Erledigung Monate verstreichen. Redner ersucht den Vorgang zu beschleunigen. Dies wäre ein weiterer Beitrag zur inneren Befriedigung.

Abschließend sagt GR. Dipl. Ing. Haider, alles in allem könne man sagen, daß in dieser Verwaltungsgruppe sicherlich nicht alles nur vom reinfachlichen Standpunkt aus zu lösen ist. Vieles müsse auch mit Herz und Gemüt angepackt werden. Er wolle Optimist sein und glauben, daß das rote Herz kein liebloser, kalter Körper ist, sondern in seinem inneren Kern doch das eigentliche goldene Wiener Herz. In der Erwartung, daß die Anregungen seiner Fraktion berücksichtigt werden, gebe er die Zustimmung zu den Ansätzen des achten Hauptstückes. (Beifall beim WdU.)

GR. Hausner (LBl.) stellt fest, daß das Referat von Stadtrat Koci eigentlich kein Bericht über die Wohnungswirtschaft unserer Stadt sondern eher der Bericht einer Hausverwaltung gewesen sei. Die Bevölkerung glaubt aber, daß dem Wohnungsamt die Bewirtschaftung der in Wien vorhandenen Wohnungen zufällt. Es ist notwendig, daß man diese Illusion einmal gründlich zerstört. Es ist nur die Verfügungsgewalt über die Wohnungen in den städtischen Gemeindebauten übriggeblieben und vielleicht noch da oder dort die Tauschwohnungen.

Redner beschäftigt sich dann mit den Verhältnissen auf dem Wiener Wohnungsmarkt und mit der Tätigkeit des Wohnungsamtes. Er bemängelt, daß Stadtrat Koci das Wohnungsanforderungsgesetz zwar als unzulänglich bezeichnet gleichzeitig aber die Hoffnung ausgesprochen habe, daß dieses unzulängliche Gesetz verlängert wird. Es wäre die Aufgabe Stadtrat Kocis, der Öffentlichkeit aufzuzeigen, daß ein wirkliches Anforderungsgesetz geschaffen werden muß, welches dem Wohnungsamt die Möglichkeit gibt über alle frei werdenden Wohnungen zu verfügen.

Der Redner wendet sich scharf gegen die privaten Wohnungsbüros bei denen der Zahlungskraftige eine Wohnung bekommen kann.



Er kritisiert auch den Unfug der § 3-Wohnungen und bedauert, daß Stadtrat Koci nicht den Willen zum Ausdruck gebracht hat, wirksam für eine Besserung einzutreten.

Ferner kritisiert der Redner die Praxis der Widmungsänderungen von Wohnungen, die dann als Geschäftslokal verwendet werden. Das könne man sich in unserer Zeit nicht erlauben. Er kritisiert auch, daß die Parteisekretariate der Koalitionsparteien als Wohnungsvermittlungsbüros eingerichtet werden. Er verlangt, daß das Wohnungsamt in der Behandlung der sogenannten dringenden und Notstandsfälle mit Energie und Schnelligkeit hilft. Ferner fragt der Redner, welche in Klasse III eingereihten Fälle eine Wohnung zugewiesen erhalten. Auch beim Wohnungswechsel und Wohnungstausch spiele das Proporzverhältnis eine gewisse Rolle.

Eine der entscheidendsten Fragen ist die der Zinsgestaltung in den Gemeindehäusern. Im Jahre 1950 habe die sozialistische Fraktion immer zum Ausdruck gebracht, daß sie entschlossen und bereit ist, gegen jede Zinserhöhung anzukämpfen.

(GR.Dr.Ing.Hengl übernimmt den Vorsitz.)

Damals ist man gegen die Zinspolitik der ÖVP mit starken Argumenten vorgegangen. Mit Beginn des Jahres 1951 ist es jedoch still und ruhig geworden. Und dann hat das Wohnungsamt selbst die Zinse in den Gemeindehäusern erhöht.

Der Redner stellte den Antrag, Stadtrat Koci möge die Zinserhöhungen in den Wohnhausanlagen, die vor 1945 gebaut wurden, rückgängig machen und die Rückzahlung der Beträge veranlassen. Er kritisiert in diesem Zusammenhang auch, daß die Zinserhöhungen durch eine Anordnung des Wiener Magistrates und nicht vom Wiener Gemeinderat beschlossen wurden.

Redner stellt ferner den Antrag, den Wiederaufbau in Gemeindehäusern beschleunigt durchzuführen und womöglich bis Ende 1952 zu vollenden. Ebenso sollen dringende Erneuerungsarbeiten durchgeführt werden.

Auch die Siedler und Kleingärtner, die in jahrelanger Arbeit aus den unwirtlichsten Gegenden prachtvolle Anlagen errichteten und in der schweren Zeit des Krieges einen wesentlichen Beitrag zur Ernährung unserer Bevölkerung leisteten,



seien heute für die Gemeinde Wien nichts als ein billiges Steuerobjekt geworden. Die Gebührenerhöhung von 3 auf 10 Groschen, also um mehr als das Dreifache, bedeute eine Ausbeutung von Menschen, die ehrlich bemüht sind, dem Gemeinwesen zu helfen.

Wenn der Redner des WdÜ wegen der den KZlern zugewiesenen Wohnungen und Möbel Klage geführt habe, so müsse er erwidern: Wir müssen die Gemeinde Wien dafür verantwortlich machen, daß sie ein derart hochherziges Geschenk, das die Besatzungsmacht vor allem den Opfern des Faschismus bringen wollte, nicht mit der erforderlichen Umsicht garantiert hat, so daß es den ehemaligen Nationalsozialisten heute möglich ist, diese Wohnungen und Möbel von den KZlern im Prozeßwege wieder zurückzubekommen. Es ist heute schon so, daß die Wiedergutmachung die ehemaligen Nationalsozialisten erfahren und daß die Opfer des Faschismus zum zweiten Mal zu Opfern geworden sind. Der Linksblock versagt dem Budget seine Zustimmung.

GR. Sajdik (ÖVP) erklärt, es müsse alles getan werden, daß neben dem Neubau von Wohnungen auch der Verfall von Wohnungen in Althäusern hintangehalten wird. Wir bekennen uns zum sozialen Wohnungsbau als Ausdruck der Leistung der gesamten Stadtverwaltung und wir anerkennen diese Leistung umso mehr, weil sie aus den Mitteln der gesamten Bevölkerung dieser Stadt fundiert ist, der Arbeiter, Angestellten und nicht zuletzt der Gewerbetreibenden. (Beifall bei der ÖVP.) Wir bekennen uns aber auch dazu, daß mit Mut neue Wege gesucht und gefunden wurden, die neben dem sozialen Wohnungsbau auch anderen zusätzlichen Wohnraum erstehen ließen, der bereits wesentlich dazu beigetragen hat, einer grossen Anzahl von Wohnungssuchenden ein schönes Heim zu bieten. Wir sind stolz darauf, daß der erfolgsgekrönte Gedanke des Wohnungseigentums schon in den breitesten Kreisen Eingang und selbst die Anerkennung derer gefunden hat, die vorerst diesen Gedanken aus politischen Erwägungen heraus ablehnten. (Beifall bei den Parteigenossen.) Mit diesen drei Voraussetzungen: sozialer Wohnungsbau, erhöhte Sicherung des Althausbestandes und Ausweitung des Wohnungseigentums, werden wir Entscheidendes zur Lösung des Wohnungsproblems beitragen.



Das Wohnungsamt erfreut sich keiner besonderen Beliebtheit. Der gewiß sehr boshafte Witz, daß sich der Säugling schon anmelden muß, um bei seiner Verehelichung Berücksichtigung zu finden, ist bedauerlicherweise viel verbreitet. Der Unmut der Bevölkerung wird leider oft auf die Beamten des Wohnungsamtes, die ihre Arbeit gewissenhaft erledigen, entladen. Die Beamten werden so zu Sündenböcken einer allzu großen Propagandatätigkeit seitens des sozialistischen Parteiorganes. Wird ein Bauvorhaben im Gemeinderatsausschuß zur Sprach gebracht, so erscheint die Anzahl der Wohnungen zum ersten Mal in der Zeitung, zum zweiten Mal, wenn der Stadtsenat seine Zustimmung gibt, zum dritten Mal, wenn der Gemeinderat beschließt, zum vierten Mal, wenn die Grundsteinlegung erfolgt, bei der Gleichonfeier zum fünften und schließlich bei der Übergabe zum sechsten Mal. (Zustimmung bei der ÖVP.) Der Redner gibt eine Übersicht über die Zahl der neuen und wiederhergestellten Wohnungen, die in den Monaten Jänner bis Oktober 1951 in der "Arbeiter-Zeitung" angekündigt wurden. Er kommt zu dem Ergebnis, daß in 14 verschiedenen Meldungen zusammengerechnet insgesamt 43.475 Wohnungen verheißen wurden. (Heiterkeit bei der ÖVP.) Welchen Sinn hat eine derartige Propaganda, die lediglich ein Achtel von dem hält, was sie verspricht? Will das sozialistische Parteiorgan mit solchen Rechenkunststücken die Hoffnungslosigkeit vieler tausender Wohnungssuchender noch verhöhnern? Daher könne man sich auch nicht wundern, wenn immer wieder die Frage gestellt werde, wo denn die vielen tausend Wohnungen hinkommen. Ein vieles Weniger an Propaganda würde ein Vieles mehr an Vertrauen zum Wohnungsamt und seinen Beamten nach sich ziehen. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Der Redner bringt hieraus namens seiner Fraktion eine Reihe von Wünschen vor und erklärt; Wenn vom sozialen Wohnungsbau die Rede ist, verstehen wir darunter, daß auch die Vergabung von Wohnungen ausschließlich nach sozialen Gesichtspunkte zu erfolgen hat, bei der auch die primitivsten kulturellen Bedürfnisse Würdigung und Berücksichtigung finden müssen. (Beifall bei der ÖVP.) Wir können daher die Weisung nicht verstehen, daß für einen Einzelraum zwei Erwachsene ge-



meldet werden sollen. Ein Einzelraum soll nur an Einzelstehende zugewiesen werden, denn sonst müßten beispielsweise Kriegerwitwen dauernd ohne Wohnung bleiben. Stadtrat Koci habe die sinnvolle Anordnung, daß bei im Schnellbauprogramm geschaffenen Wohnungen die Zusammenlegung von zwei Wohnungsräumen ermöglicht werden sollen, wenn sich der Personenstand des Mieters erhöht, durch die Weisung außer Kraft gesetzt, daß jetzt schon Familien mit einem Kind in solche Wohnungen eingewiesen werden können. Redner fordert im Namen seiner Fraktion, bei dem noch zu vergebenden restlichen Teil dieser Wohnungen von einer derartigen Maßnahme Abstand zu nehmen. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Er richtet hierauf an den Stadtrat mehrere Fragen: Haben Sie, Herr Stadtrat, die Weisung gegeben, daß bei Vergebung von Wohnungen in Neubauten Heimatvertriebene nicht berücksichtigt werden dürfen? Haben Sie weiter die Weisung gegeben, daß ehemals Registrierungspflichtige auch nicht berücksichtigt werden dürfen? Eine Reihe von Fällen, die bekannt geworden sind, lasse eine solche Weisung annehmen. So sei eine Familie mit zwei Kindern, die schon seit vielen Monaten in der Herberge Favoritenstraße laude, nicht berücksichtigt worden, weil der Mann ein ehemalsregistrierungspflichtiger ist. Dabei sei die Familie mit weit über 100 Punkten qualifiziert und ein krasser Notstandsfall. Weiter sei auch eine Frau, die mit ihrer Tochter in einem unbewohnbaren Schrebergartenhäuschen hause, deshalb nicht zum Zuge gekommen, weil ihr vor über zwei Jahren verstorbener Gatte registrierungspflichtig war. Hier könne man nur von Sippenhaftung sprechen, die sich mit den Vorbildern aus der Vergangenheit messen können. Seine Fraktion stehe auf dem Standpunkt, daß bei Vorliegen des Notstandes eine politische Diskriminierung nicht ein Ausschließungsgrund sein dürfe, da dies den rechtlichen und sittlichen Grundsätzen widerspreche und deshalb für alle Zukunft abgelehrt werden müsse. (Beifall bei der ÖVP.)

Zur Möbelfrage erklärte der Redner, dieses Geschenk einer Besatzungsmacht an die Gemeinde könne nur als "freudloser Besitz" bezeichnet werden, der überdies noch infolge der hohen Verwaltungskosten mit einem Abgang von 300.000 S abschließe, der aus öffentlichen Steuergeldern gedeckt werden muß.



Es wäre hinreichend Gelegenheit geboten, infolge der geänderten wirtschaftlichen Verhältnisse in der Möbelfrage eine großzügigere Haltung einzunehmen. Der Übergang des Eigentums dieser Möbel an die Gemeinde sei wohl durch ein Gesetz gedeckt, doch sei an die Nichtbeachtung dieser Bestimmung keine Sanktion geknüpft.

Während man sich sonst immer gegen Anordnungen von Besatzungsmächten ausspreche, die Eingriffe in unsere Verwaltung darstellen, flüchte man sich in der Möbelfrage hinter die Anordnung einer Besatzungsmacht, um so Eigentumsrechte in Anspruch zu nehmen, die von Verwaltungsbehörden dem Vorbesitzer zugesprochen wurden. Der Redner stellt den Antrag, bei Aufhebung einer provisorischen Benützungsbewilligung für Möbel gemäß dem Verbotsgesetz diese Möbel dem früheren Eigentümer zurückzugeben, ohne einen allfälligen Eigentumsübergang für die Gemeinde Wien in Anspruch zu nehmen.

Seine Fraktion wende sich gegen die Vergebung von Lokalen an sozialistische Parteiorganisationen, denn es wäre zweckdienlicher, jungen Gewerbetreibenden die Möglichkeit zur beruflichen Entfaltung zu bieten. Er fragt weiter, mit welchem Recht die Maßnahme begründet werde, daß in Neubauten Lokale fast ausschließlich der Konsumgenossenschaft zur Verfügung gestellt werden.

Der Redner schließt, er betrachte seine vorgebrachte objektive Kritik als die Erfüllung eines Wunsches der nichtsozialistischen Bevölkerung dieser Stadt. Im übrigen werde seine Fraktion für die Ansätze dieses Kapitels stimmen. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

Unterbrechung der Budgetdebatte. Fortsetzung siehe Blatt 2441.



Der Weihnachtstisch für Wien ist befriedigend gedeckt  
=====

20. Dezember (Rath.Korr.) Wie das Marktamt der Stadt Wien mitteilt, ist die Beschickung des Wiener Weihnachtsmarktes trotz aller Schwierigkeiten auf dem Weltmarkt und der erschwerten Hereinbringung von Importen als befriedigend zu bezeichnen.

Bessere Inlandsaufbringung - verstärkte Importe

Bei Rindfleisch ist dank der anhaltend guten Inlandsaufbringung ein ausreichendes Angebot bei gleichbleibenden Preisen zu verzeichnen. Die Schwierigkeiten in der Schweinefleischversorgung haben sich durch die bisherigen Verbrauchseinschränkungen und die getroffenen Maßnahmen, insbesondere durch verstärkte Importe und bessere Marktbeschickung aus dem Inland, so gebessert, daß für die Weihnachtszeit jegliche Einschränkung des Schweinefleischkonsums aufgehoben werden konnte. Durch die rechtzeitige Preisregelung wurde eine ruhige Geschäftsabwicklung sichergestellt. Weniger günstig liegen die Verhältnisse bei Kalbfleisch, doch ist die Auswirkung gering, da der Wiener traditionsgemäß um diese Zeit auf Fische und Schweinefleisch eingestellt ist.

800.000 kg Fische

Die Fischversorgung ist ausgesprochen günstig. Für den Weihnachtstisch stehen 250.000 kg Karpfen, fast 400.000 kg Seefischfilets und über 50.000 kg Rundfische (Kabeljau und Seelachs), ganz abgesehen von 100.000 kg Walfischfleisch, zur Verfügung. Bei Karpfen konnte das Marktamt durch das Entgegenkommen des Fischhandels noch in letzter Minute eine Preisermäßigung erreichen.

Durch das Ausfallen der Importe aus den Oststaaten konnte das Weihnachtsangebot an Geflügel nicht im sonst üblichen Ausmaß vermittelt werden. Wild steht in ausreichenden Mengen zur Verfügung.

Eierversorgung ohne Preisexzesse

Dank einer vorausschauenden Einlagerung konnte die Eierversorgung so gestaltet werden, daß trotz verstärkter Weihnachtsnachfrage weder Mangelerscheinungen noch Preisexzesse vorkamen. Nicht nur, daß noch zirka 15 Waggons Kühlhauseier zur Verfügung stehen, setzt auch infolge der günstigen Witterung bereits eine



20. Dezember 1951 "Rathaus-Korrespondenz" Blatt 2440

bessere Anlieferung an Frischeiern ein. Alle diese Umstände wirken sich günstig auf den Preis aus.

Wenn auch das <sup>aufgerufene Fett</sup> ~~das~~ mengenmäßige gering ist, so steht den Hausfrauen genügend freies Öl und zu unveränderten Preisen zur Herstellung von Weihnachtsbackwaren besonders geeignetes Kokosfett zur Verfügung.

An Grünwaren ist ein ausreichendes Angebot an Salaten (Häupel-, Endivien-, Vogerlsalat, Sellerie und an dem immer mehr geschätzten, dabei billigen Chinakohl) vorhanden. Die Erdäpfelversorgung ist durchaus befriedigend und der Preis seit längerem rückgängig.

#### Illegale Orangenimporte

Durch das Hereinbringen von Äpfeln aus Italien (Südtirol) wurde das Obstangebot verbessert und gleichzeitig eine fühlbare Preisherabsetzung herbeigeführt. Aus Italien wurden jetzt 2.000 t Äpfel eingeführt.

Für die Weihnachtszeit waren reichliche Orangenimporte vorgesehen (insgesamt zirka 11.000 t). Die Geschäftsabwicklung verzögerte sich, sodaß erst einige Waggons dieser begehrten Südfrüchte eingelangt sind, während die Hauptmasse erst nach den Weihnachtsfeiertagen folgen wird. Leider wurde durch diese Verzögerung die Inverkehrsetzung illegal hereingebrachter Orangen zu überhöhten Preisen begünstigt. Die legal importierte Ware wird wesentlich billiger sein.

Bei den Trockenfrüchten herrschen Dörripflaumen und Nüsse vor.

Geehrte Redaktion!

=====

In der Notiz über die Fischpreise zu Weihnachten auf Blatt 2414, soll es in der zweiten Zeile statt "Fischgroßhandel", "Fischhandel" heißen.



Fortsetzung der Budgetdebatte.

GR. Swoboda (SPÖ) betont, die Sozialisten hätten der Mietzinserhöhung nur unter der Bedingung zugestimmt, daß Sicherungen gegen die Wiederherstellung einer Hausherrenrente geschaffen wurden. Es sei tatsächlich gelungen, solche Sicherungen in das Gesetz einzubauen, die es den Hauseigentümern unmöglich machen, sich eine Rente zu schaffen. Das Wohnungsanforderungsgesetz muß nicht nur verlängert, sondern (in wichtigen Bestimmungen - so betreffend den Eigenbedarf und die Möglichkeit von Hausherrenvorschlägen - auch novelliert werden. (Beifall bei den Parteigenossen.) Auch das Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz muß novelliert werden.

Hinsichtlich des Wohnungseigentums sind mit Ausnahme jener Kreise, die soviel Geld haben, sich das Wohnungseigentum zu verschaffen, alle anderen der Meinung, daß es höchst unmoralisch ist, wenn man das Wohnungseigentum mit dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds verbindet und aus Mitteln der Allgemeinheit Einzelnen Wohnungen schenkt. Durch das Wohnungseigentum ist eine Frage ausgelöst, die uns in der kommenden Zeit wahrscheinlich viel Kopfzerbrechen machen wird. (Demonstrativer Beifall bei der ÖVP.) Wir bekommen, erklärt der Redner, von Mietern in Altgemeindehäusern Briefe, die der Meinung Ausdruck verleihen, warum es nur auf einer Seite Wohnungseigentum gäbe. Sie sind der Auffassung, daß die Mieter in den Althäusern durch die jahrzehntelangen Friedenszinse die Baukosten längst amortisiert haben und somit die gleiche Forderung erheben können. (GR. Schwaiger: Daher soll die Gemeinde als größter Hausherr mit gutem Beispiel vorangehen!)

Über die Mietzinserhöhungen in den Gemeindehäusern wurden grundsätzlich mit den Vertretern der Gemeindemieter Besprechungen abgehalten und eine grundsätzliche Einigung erzielt, die im wesentlichen folgendes enthält: 1. Grundsätzlich sind die Erhaltungs- und Verwaltungskosten der Wohnungsanlagen aus den Mietzinsen zu decken. 2. Ein Ertrag darf aus der Wohnhäuserverwaltung nicht entstehen. 3. Alle Gemeindewohnungen bilden eine einheitliche Risikogemeinschaft. 4. Der Mieterschaft wird ein weitgehendes Kontrollrecht eingeräumt. Diese Zinerhöhung ist fast einstimmig angenommen worden, da in einer Konferenz von ungefähr 500 Personen nur 2 Gegenstimmen waren.



Redner begründet eingehend die Notwendigkeit der Zinserhöhung in den Gemeindehäusern und führt als einen der Gründe an, daß bisher 118 Millionen Schilling Steuergelder für die Erhaltung gemeindeeigener Häuser aufgewendet werden mußten. Es sei nur gerecht, daß die Gemeindemieter für die Erhaltung ihrer Miethäuser selbst aufkommen. Die Gemeindevertretung ist hier den demokratischen Weg gegangen. (Zustimmung bei den Parteigenossen.)

Der Redner spricht sich im einzelnen für die Schaffung moderner Waschküchen und dafür aus, daß für die oft sehr großen Balkone in Gemeindehäusern, für die bei der Mietzinsberechnung ein Viertel des Wohnraumes gerechnet wird, ein Höchstausmaß von 6 m<sup>2</sup> verrechnet werde.

Die Arbeit im Wohnungsamt ist sehr schwer und die Beamten kommen manchmal in Bedrängnis, wenn Menschen in ihrer Verzweiflung oftmals glauben, daß es keinen dringenderen Fall als den ihren gäbe. Wir können nicht die Beamten aber auch nicht die Gemeindeverwaltung verantwortlich machen. Schuld sind die Verhältnisse. Das Wohnungsamt hat die schwerste und undankbarste Arbeit zu leisten. Allen Angestellten dieser Verwaltungsgruppe muß für ihre aufreibende Arbeit der Dank und die Bitte übermittelt werden, daß sie bei dieser Arbeit in Geduld ausharren mögen. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

Amtsführender Stadtrat Koci hebt in seinem Schlußwort hervor, er brauche niemanden, der ihn dazu anleite, bei der Führung seiner Geschäfte nach den gesetzlichen Bestimmungen vorzugehen. Dies tue er u.a. auch bei der Rückgabe von freigegebenen Möbeln, und zwar auch dort, wo es sich um Nationalsozialisten handle, allerdings unter der Voraussetzung, daß die Eigentumsrechte der Gemeinde Wien anerkannt werden und auch die Miete dafür bezahlt wird. Er sehe nicht ein, warum KZler oder Ausgebombte in dieser Beziehung schlechter als Nationalsozialisten behandelt werden sollten. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

Es ist falsch, setzt er fort, wenn jemand behauptet, daß ich an Nationalsozialisten keine Zuweisungen in Gemeindebauten vornehme. Wenn die Bedürftigkeit und die übrigen Voraussetzungen gegeben sind, kommen auch Nationalsozialisten in Gemeindehäuser. Für mich ist die Bedürftigkeit und nicht ein politischer Gesichtspunkt maßgebend.



Die Vergebung von Kleingärten nehmen die zuständigen Vereine vor, die das Pachtrecht von der Gemeinde Wien erhalten haben. Dies gilt auch für ehemalige Nationalsozialisten.

Ich habe den Bundesminister für soziale Verwaltung gebeten, das Anforderungsgesetz nicht nur zu verlängern, sondern auch zu novellieren. Der Referent richtet den Appell an alle Parteien, ihn bei der Vertretung dieser Forderungen zu unterstützen.

Daß manche Wohnungen jahrelang leerstehen, hat meistens seinen Grund darin, daß die Hausherren mit den Einweisungen nicht einverstanden sind und daraus längere Prozesse entstehen. Bei Ersatzausführungen ergibt sich öfter die Schwierigkeit, daß zwar das Haus repariert wird, einzelne Mieter aber dann nicht das Geld haben, um auch die Wohnung instandzusetzen.

Für mich, betont Amtsführender Stadtrat Koci, gibt es bei der Vergebung von Wohnungen keinen Proporz, und ich würde mich dagegen verwahren, wollte man von mir verlangen, daß ich die Wohnungen nach dem Proporz vergebe. Die Bedürftigkeit kann man nicht nach dem Proporz qualifizieren. Wahrscheinlich hat aber die größte Partei in dieser Stadt auch die meisten Bedürftigen. Versprechen auf Wohnungen, die andere - wer immer das sei - gegeben, gelten für mich nicht. Es gibt ja auch noch zehntausende Wähler der SPÖ, die nicht Mitglieder unserer Partei sind, und ich könnte deshalb gar nicht wissen, wer Wähler meiner Partei ist. Im übrigen gibt es auch Wohnungssuchende, die nicht nur ein Parteibuch, sondern mehrere Parteibücher in der Tasche haben.

Ich habe den Mut, den Menschen etwas auch dann zu sagen, wenn es nicht gerade populär ist, wenn ich aber die Überzeugung habe, daß es notwendig ist. Bei der Zinserhöhung in den Gemeindehäusern bin ich überzeugt, daß sie eine unbedingte Notwendigkeit war, damit die gemeindeeigenen Häuser nicht aus Stauermitteln erhalten werden müssen.

Zu den Ausführungen von GR. Sajdik bemerkt der Referent, man sollte nicht so kleinlich sein und nicht immer von politischer Propaganda reden. Seine Fraktion freue sich aufrichtig über jedes neue Werk. Sie sehe darin die Belohnung für die Mühe, die seit 1945 alle in diesem Haus aufgewendet haben.



Stadtrat Koci beantwortet dann einige von den Debattenredner gestellte Fragen. Dazu, ob es wahr sei, daß er auf einen Einzelraum auch zwei Personen einweisen lasse, sagte Stadtrat Koci, daß er dies in Ausnahmefällen mache. Es gibt Einzelräume von 36 Quadratmeter Fläche, das entspricht dem Ausmaß einer Zimmer-Küche Wohnung. Wenn nun Leute kommen und unbedingt lieber einen Einzelraum haben wollen, als weiter in den alten Verhältnissen zu wohnen, werden sie eingewiesen.

In die Wohnungen des Schnellbauprogrammes werden gleichfalls unter Umständen Ehepaare mit einem Kind eingewiesen, wenn sie es verlangen, jedoch auch nur in den größeren Wohnungstypen von 34 beziehungsweise 35 Quadratmeter. Zu der Frage, ob er für heimatvertriebene keine Gemeindewohnungen vergebe, stellt der Referent klar, daß das nicht wahr ist. Aber er mache auch hier keine Ausnahmen und er könne die Heimatvertriebenen nicht besser behandeln als die Wiener. Die Kommissionslisten habe er aufgelöst, weil sie nicht notwendig sind, und damit ein Beamter für andere Arbeit frei wurde.

Dem sozialistischen Debattenredner spricht Stadtrat Koci seinen Dank aus und versichert ihm, er werde seine vorgebrachten Wünsche vor allem wegen der Mietzinse bei Balkonen prüfen und versuchen, einen gerechten Weg zu finden.

Zum Abschluß seiner Ausführungen sprach Stadtrat Koci seinen Angestellten, die es wirklich nicht leicht haben, seinen Dank aus und bat sie, ihm weiterhin in seinen Aufgaben zu unterstützen. (Beifall bei den Sozialisten.)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des VIII. Hauptstückes ohne die Stimmen des Linksblockes angenommen. Zwei Anträge des Linksblockes und ein Antrag der Volkspartei werden abgewiesen. (

(GR. Mazur übernimmt den Vorsitz.)



Die Stadt Wien als Wirtschaftskörper

Über die Geschäftsgruppe Wirtschaftsangelegenheiten referierte Stadtrat Bauer (ÖVP). Er stellte eingangs fest, daß die Steigerung des finanziellen Aufwandes seiner Verwaltungsgruppe gegenüber dem Jahre 1951 14.9 Prozent beträgt. Im Vergleich zum Gesamtbudget macht die Steigerung 29.3 Prozent aus. Man könne also sagen, daß die Verwaltungsgruppe IX keine übermäßige Erhöhung ihrer veranschlagten Beträge aufweist. Es müsse jedoch mit aller Deutlichkeit festgestellt werden, daß verschiedene an sich sehr gerechtfertigte Wünsche nicht befriedigt werden konnten.

Die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs, für die die Vollbeschäftigung ein Beweis ist, hat es der Verwaltungsgruppe IX ermöglicht; ihre Aufgaben leichter zu bewältigen. Die Produktion war in der Lage, einen Großteil der Wünsche der Stadt Wien zu befriedigen.

Zur Illustration für den Umfang, in dem die Stadt Wien als Großabnehmer auftritt, führte der Referent einige Ziffern an. Das Beschaffungsamt hat zum Beispiel für die städtischen Wohlfahrtsanstalten eine große Reihe von Lebensmitteln wie Salz, Esslig, Marmelade, Konserven, Getreideprodukte und anderes eingekauft. So unter anderem 1,368.480 kg Backmehl, 90.000 kg Salz, 140.000 kg Reis, 203.210 kg Teigwaren und vieles andere im Gesamtbetrag von rund 11,436.000 Schilling. Textilien und Lederwaren wurden um insgesamt 15.938.000 Schilling gekauft, die somit der Wirtschaft zugeführt werden konnten. In Lohnarbeit wurden 125.563 Bekleidungs- und Wäschestücke im Gesamtbetrag von 1,107.000 Schilling sowie die Anfertigung von Schuhen, Reinigung von Teppichen und so weiter vergeben. Für mehr als 7 Millionen Schilling wurden Bestellungen für das Jahr 1952 für Wollwaren u.a. aufgegeben.

600.000 Kilo Papier für die Verwaltung

Stadtrat Bauer teilte auch mit, daß die Gemeinde Wien jährlich rund 600.000 kg Papier benötigt. Es wäre wünschenswert, wenn alle Stellen innerhalb der Gemeinde auch mit dem Kanzleimaterial sparsam umgehen würden. Man müsse selbst mit kleinsten Dingen sparsam umgehen, auch wenn es nur ein Bleistift wäre, denn im Gesamten gesehen kommen Unsummen heraus.



Die städtische Bäckerei, die für Spitäler und Wohlfahrtsanstalten liefert, kann nach wie vor trotz verschiedener Investitionen aktiv geführt werden.

Die vom Hauptwirtschaftsamt noch verbliebenen Dienststellen, wie die Mineralölstelle, konnten die an sie gestellten Anforderungen fast restlos befriedigen. Die Anlieferung an Treibstoff war zufriedenstellend. In den ersten 11 Monaten 1951 wurden 72.380.059 Liter Benzin ausgegeben; außerdem Petroleum, Heizöl, Gasöl, Schmieröl und Bitumen. Der Stand der zu versorgenden Benzinkraftfahrzeuge ist in diesem Jahr um 3790 auf 47.834 gestiegen.

Alles in allem kann gesagt werden, daß das Beschaffungsamt in der Lage war, allen Anforderungen zu entsprechen.

#### 368 Schulen -- 149.000 Schüler

Die Stadt Wien, der die Verwaltung der Volks-, Haupt- und Sonderschulen untersteht, besitzt 429 Schulgebäude. Davon dienen 368 dem Unterricht, während 3 von Alliierten besetzt sind, 8 als Flüchtlingslager, 4 als Bauarbeiterlager und 10 zu verschiedenen anderen Zwecken verwendet werden und schließlich 36 infolge Kriegsschäden derzeit unbenützlich sind. Die Schülerzahlen zeigen an den allgemeinen Volksschulen ein Absinken um etwa 10.000 auf 83.589, hingegen eine starke Vermehrung der Hauptschüler um ca. 12.000 auf 59.240. Insgesamt ist die Schülerzahl an Volks-, Haupt- und Sonderschulen von 146.155 im Vorjahr auf 148.981 gestiegen.

#### 380 neue Klassen

Über die Schulbautätigkeit berichtet der Stadtrat, daß im Jahre 1951 nach Kriegsschäden 11 Gebäude und nach fremder Benützung 2 Gebäude instandgesetzt wurden. 17 weitere Schulgebäude befinden sich im Wiederaufbau. Neu erbaut wurden die Objekte in der Schöffergasse, in Leopoldau und in Siebenhirten. Neue Schulpavillons wurden errichtet im Auhof, in Stammersdorf, Breitenlee und Rodaun. Mit dem Neubau von Schulen wurde in Jedlese und Stadlau-Hirschstetten begonnen, weiter mit dem Neubau von Schulpavillons in Mödling und Breitenfurt. Im Jahre 1951 wurden rund 200 Klassen gewonnen, und in nächster Zeit werden noch weitere 180 Klassen zur Verfügung stehen. Für das Jahr 1952 sind neue Schulbauten in Wiener Feld-Ost mit 16 Klassen und in Schwechat mit 15 Klassen in Aussicht genommen.



Durch diese baulichen Vorsorgen ist zu erwarten, daß in absehbarer Zeit der Wechselunterricht praktisch beseitigt wird. Er betrug im September 1950 23,5 Prozent und ist im Oktober 1951 auf 17,9 Prozent gesunken.

An Einrichtungsgegenständen wurden unter anderem 475 komplette Einrichtungen für Klassenzimmer und die Einrichtung von zwei Schulneubauten beschafft. An Lehrmitteln wurden unter anderem etwa 280.000 Lehrbücher, darunter 60.000 Schulwörterbücher und 20.000 Atlanten, angeschafft. Für 1952 ist unter anderem die komplette Einrichtung für zirka 350 Klassenzimmern vorgesehen.

In diesem Wintersemester wurde erstmalig ein Fortbildungskurs für die Absolventen der Lehrerbildungsanstalt eingerichtet, mit dem den Absolventen die Möglichkeit geboten werden soll, die Wartezeit bis zur Aufnahme in den Schuldienst zur Weiterbildung zu benützen.

Stadtrat Bauer gibt der Erwartung Ausdruck, daß es den vereinten Bemühungen gelingen möge, die während des Krieges an unseren Volks-, Haupt- und Sonderschulen entstandenen Schäden bald restlos zu beseitigen. Die Stadt Wien mache alle Anstrengungen, um auch auf diesen Gebiete wieder friedensmäßige Zustände herbeizuführen. So wurden zur Kriegsschadensbehebung im Vorjahr 16 Millionen und in diesem Budget 20 Millionen zur Verfügung gestellt.

#### Die Berufsschulen

Wien kann für sich den Ruhm in Anspruch nehmen, ein erstklassig organisiertes Berufsschulwesen zu besitzen. Derzeit gibt es 34 Berufsschulen mit 717 Klassen und 22.793 Schülern, 3 Handelsakademien mit 45 Klassen und 1431 Schülern, 6 Wirtschaftsschulen mit 32 Klassen und 1064 Schülern sowie 4 Lehranstalten für hauswirtschaftliche und gewerbliche Frauenberufe mit 22 Klassen und 529 Schülern. Die Zahl der Berufsschulen hat sich gegenüber dem Vorjahr durch Zusammenlegung um eine vermindert, bei den Schülern ist abermals ein Rückgang von 4,5 Prozent eingetreten. Die steigende Schülerzahl an den Handelsakademien und Wirtschaftsschulen hält weiter an. Derzeit besuchen um 6,89 Prozent mehr Schüler die Handelsakademien als im vergangenen Jahr.



Wir sind uns dessen bewußt, erklärt Stadtrat Bauer, daß wir auf dem Gebiete des Berufsschulwesens in Anbetracht dessen, daß in den nächsten Jahren mehr Schüler anfallen werden, Vorbereitungen treffen müssen, um diese Schüler auch unterzubringen.

#### Beschaffung von Baugründen

Um das Bauprogramm der Wiener Gemeindeverwaltung durchführen zu können, müssen Baugründe gekauft werden. Es wurden heuer in Wien 704.864 m<sup>2</sup> Grund für die Errichtung von Wohnbauten um einen Preis von 16.7 Millionen erworben. Mit Ausnahme des 7. und 8. Bezirkes, in denen Baugründe fast nicht zu erhalten sind, wurden in allen übrigen Bezirken Ankäufe getätigt. Der städtische Grundbesitz umfaßte am 31. Dezember 1950 in Wien ungefähr 2.5 Millionen Ar, außerhalb Wiens ungefähr 2.1 Millionen Ar. Bei der Erwerbung von Grundstücken sind häufig sehr große Schwierigkeiten zu überwinden. Die schwierigsten Verhandlungen müssen immer dann geführt werden, wenn es sich um die Freimachung von städtischen Gründen handelt, um darauf Wohnhausanlagen errichten zu können. Wer einen städtischen Grund räumen muß, fühlt sich immer ins Unrecht gesetzt.

#### Das Wiener Marktamt

Durch die Preisregelungsvorschriften sind dem Marktamt Aufgaben erwachsen, die nur mit äußerster Anspannung gelöst werden können. Das eingeführte Brotgetreide liegt qualitativ weit unter dem österreichischen Durchschnitt. Die Klagen der Bäcker und Brotfabriken verstummen nicht, fühlen sie sich doch in Wien gegenüber den anderen Bundesländern zurückgesetzt, weil es ihnen vielfach verwehrt ist, frei auf dem österreichischen Markt Brotgetreide zu kaufen, und größtenteils auf die einlangenden Importe angewiesen sind. Aus dem Importgetreide kann man aber kein erstklassiges Brot erzeugen. Der Stadtrat habe daher das Marktamt angewiesen, dafür einzutreten, daß diese ungleiche Behandlung Wiens ehebaldigst eingestellt wird. Es sei zu hoffen, daß den berechtigten Wünschen und Forderungen entsprochen werden kann.

Stadtrat Bauer gibt hierauf seiner Befriedigung Ausdruck, daß es gelungen ist, den Wiener Weihnachtsmarkt trotz aller Schwierigkeiten ausreichend zu beschicken. (Siehe gesonderten Bericht in der "Rathaus-Korrespondenz" auf den Seiten 2439/40.)



20. Dezember 1951 "Rathaus-Korrespondenz" Blatt 2449

Er richtet an die Bevölkerung den Appell, bei dem Einkauf von Orangen Disziplin zu halten und zu warten, bis die auf legalen Wege importierten Früchte nach den Weihnachtstfeiertagen auf den Markt kommen werden. Das nicht rechtzeitige Eintreffen der Orangenimporte hat auch eine Erhöhung der Preise der illegal hereingebrachten Orangen begünstigt. Die USIA-Geschäftsstellen sind also, wie dieses Beispiel zeigt, nicht darauf aus, die Bevölkerung mit billiger und guter Ware zu versorgen, sondern in erster Linie darauf, ihre Geschäfte zu machen. Die Bevölkerung werde die Orangen aus den legalen Importen nach den Feiertagen wesentlich billiger erhalten können und außerdem das Bewußtsein haben, daß von diesen Einfuhren Staat, Land und Gemeinde Steuern erhalten.

Abschließend spricht der Stadtrat allen Mitarbeitern des Gemeinderates und auch allen Bediensteten, die dazu beitragen, auf seinem Verwaltungsgebiet befriedigende Resultate zu erreichen, seinen Dank aus. Diese Gruppe sei ein Beweis dafür, wie leicht es zu verwalten ist, wenn alle Beteiligten das Wohl ihrer Stadt, der Stadt Wien im Auge haben. (Lobhafter Beifall bei der Volkspartei.)

(Der Bericht über die Debatte zur Geschäftsgruppe Wirtschaftsangelegenheiten wird Freitag vormittag in das Korr.-Büro geliefert.)



GR.Dipl.Ing.Haider (WdU) bringt einen Antrag ein, der in allen Schulen, mit der ersten Volksschulklasse beginnend, einen obligaten Verkehrserziehungsunterricht anregt. In der Begründung verweist der Antragsteller auf die in erschreckendem Maße zunehmenden Verkehrsunfälle, die vielfach auf die mangelnde Verkehrsdisziplin der Straßenpassanten zurückzuführen seien. Insbesondere seien sehr viele Kinder und Jugendliche die Ursache oder das Opfer von Verkehrsunfällen.

Seine Fraktion werde für dieses Kapitel stimmen.

GR.Dr.Soswinski (LBl.) spricht zu der Verwaltungsgruppe hinsichtlich der Schulfragen und der wirtschaftlichen Fragen. Er betont, die Schule müsse nicht nur nach den äußerlichen Erfordernissen, sondern auch von Standpunkt aus betrachtet werden, daß in ihr Menschen fürs Leben gestaltet werden. Die Schulgebäude habe man in Kasernenstil der Zeit Kaiser Franz Josefs wiederhergestellt. Redner bespricht die Mängel der Schulpavillons, die für Schüler und Eltern erwachsenden Nachteile des Wechselunterrichtes und kritisiert die allzu große Sparsamkeit im Schulbetrieb, die Unzulänglichkeit der schulärztlichen Betreuung, die unzureichende Schülerausspeisung und die Tatsache, daß erstmalig im Budget ein Beitrag des Landes Wien zum Lehrpersonalaufwand des Bundes in Höhe von über 9 Millionen Schilling eingesetzt ist. Es bestehe die Gefahr, daß die Gemeinde Wien aus Gründen der Ersparung auf jede Lehrerreserve verzichten werde. Die Sparwut zeige sich nicht nur in der erhöhten Lehrverpflichtung für Schulleiter, sondern auch darin, daß viel zu wenig Schulhefte vorhanden sind, und dies nicht etwa, weil die Mittel zu ihrer Beschaffung nicht vorhanden sind, sondern weil die Papierfabriken angeblich nicht genug Papier bereitstellen können, während doch zur gleichen Zeit die gleiche Papierindustrie den gesamten Papierbedarf für die Schuld-literatur deckt und sogar Papier exportiert. Die Gratisbeistellung der Schulrequisiten ist überhaupt sehr mangelhaft.

Redner wendet sich energisch dagegen, daß über die Elternvereinigungen praktisch Schulgeld eingehoben wird, da bei den verschiedensten Sammlungen Beträge verlangt werden, und verwahrt sich gegen die Verwendung von Schulkindern für Altmaterial-, Papier-, Knochensammlungen etc.



Beim Sonnblickobservatorium fängt es an, beim Papier hört es auf! Beispielsweise versucht man jetzt, für die geplante Schulausstellung wieder 200.000 Karten über die Elternvereinigungen in Vertrieb zu bringen. Er spricht sich für eine bessere Entlohnung der Lehrkräfte bei der Lehrerausbildung und für eine Mitwirkung von Gemeindestellen bei der Schulberatung aus. Im einzelnen bemängelt er die Zustände an den Berufsschulen.

In eingehenden Ausführungen spricht GR. Dr. Soswinski hierauf über die Aufgaben des Amtsführenden Stadtrates für Wirtschaftsangelegenheiten im Hinblick auf die Versorgung der Bevölkerung der Stadt Wien mit Lebensmitteln, Textilwaren und sonstigen Bedarfsgegenständen. Seine Aufgabe sei es, nicht nur Waren überhaupt herbeizuschaffen, sondern solche Waren, die sich die Bevölkerung auch leisten kann, die preiswert sind. Der Amtsführende Stadtrat müsse in alle diese Versorgungsprobleme organisierend eingreifen. Es sei nicht schwer, Personalpolitik koalitionsmäßig zu betreiben, bei der Wirtschaft sei das aber nicht möglich. Da gehe man entweder zum Sozialismus oder zum Kapitalismus; in Österreich zeige sich die Konsolidierung des Kapitalismus. Im einzelnen übt er scharfe Kritik an der Fleischmisere, dem Milchmangel und der Preisgestaltung bei den Eiern.

Auch über die Kartoffelversorgung hat man von Stadtrat Bauer nichts gehört. Aber nicht nur Lebensmittel sondern auch andere Dinge müssen von dem entsprechenden Amt der Gemeinde für die Bevölkerung bereitgestellt werden. Dazu gehört die Versorgung mit Kohle. Dr. Soswinski stellt fest, daß 1937 nur 14 Prozent der Kohle aus dem Deutschen Reich kam und 86 Prozent aus Polen. Heute kommen 65 Prozent aus Westdeutschland und nur 35 Prozent aus Polen. Dabei kostet die polnische Kohle jetzt 18 Dollar und die Ruhrkohle 21 Dollar. Die Kohlenpreise in Wien könnten also weit niedriger sein.

Der Redner verlangt schließlich, daß sich die Vertreter der Stadt Wien bei entscheidenden Handelsverträgen darum kümmern müssen, daß die für Wien notwendigen Waren nach Österreich hereinkommen.

Dr. Soswinski beschäftigt sich dann mit dem Marshallplan, der auch eine militärische Rolle spielt. Durch ihn ist Österreich in völlige Abhängigkeit geraten. Wir stehen heute am Ende des



Marshallplans und die Stimmung ist ungefähr die: wir werden untergehen, wenn die Marshallhilfe aufhört, wir sind viel zu schwach, um allein zu leben. Die wirtschaftliche Abhängigkeit, in die man Österreich gebracht hat, führt zum wirtschaftlichen Selbstmord dieser Stadt. Zu einer solchen Wirtschaftspolitik, schloß der Redner, könne seine Fraktion nicht die Zustimmung geben.

GR. Etzersdorfer (ÖVP) stellt eingangs fest, daß das zur Debatte stehende Kapitel auch Wünsche offen läßt. Andererseits aber zeigen sich doch kleine Erfolge. Der Redner bespricht im einzelnen die verschiedenen Agenden der Geschäftsgruppe. Er hebt besonders das Liegenschaftsamt und seine Bedeutung für die Stadt Wien hervor, bezweifelt aber, ob der Ansatz von 20 Millionen Schilling ausreichen werde. Im Zusammenhang mit der Forderung nach einem Bodengesetz stellt er fest, daß sich die Volkspartei keineswegs der Notwendigkeit eines vernünftigen Bodengesetzes entgegenstellt. Er fordert jedoch, daß man den österreichischen Grundbesitz freigeben möge. Dann wird es leicht sein, über die nötigen Fragen zu verhandeln. (Beifall bei der Volkspartei.)

Beim Pädagogischen Institut bemängelt der Redner, daß die Dozenten honorare nur 20 S pro Stunde betragen, während sie vor 1938 10 S ausmachten. Er stellt das Ersuchen, um eine Angleichung, umso mehr, als die Dozenten seit 1. Oktober auch die Sozialversicherungsbeiträge von dieser Summe bestreiten müssen. Redner unterstreicht die Bedeutung der Pädagogischen Zentralbücherei und ersucht um eine bessere Dotierung zum Ankauf von Büchern.

Bei der Besprechung des Wiener Schulwesens fordert er die Freigabe der besetzten Schulgebäude. Er kritisiert, daß auch noch einige Polizeiabteilungen in Wiener Schulen untergebracht sind. Weiter regt er eine bessere Förderung der einjährigen Lehrkurse an, die von Schülern besucht werden, die der gesetzlichen Schulpflicht bereits genügt haben.

Unter dem Beifall seiner Fraktionskollegen spricht er den Elternvereinen die sich um den Unterricht überaus verdient gemacht haben, den Dank der Gemeindeverwaltung aus. Ebenso gilt selbstverständlich der Lehrerschaft der Dank dafür, daß sie stets das Beste für die Wiener Jugend leistet.

Bezüglich der Märkte bedauert GR. Etzersdorfer, daß es noch keinen Zentralen Lebensmittelmarkt gibt.



Bei den Neuaufnahmen im Veterinäramt habe er gehört, daß nicht immer bodenständige Wiener dabei herangezogen werden. Die Stadt Wien hat aber ausgebildete Veterinärärzte genug, um den geringen Bedarf zu bestreiten. Redner fragt Stadtrat Bauer, ob er in dieser Richtung etwas Konkretes mitteilen könne.

Schließlich nimmt GR. Etzersdorfer noch zu den Ausführungen der Debattenredner Stellung, die vor ihm gesprochen haben. Er beschäftigt sich vor allem mit den Ausführungen Dr. Soswinski über das Schulwesen und antwortet dem Redner des Linksblocks auf seine Anwürfe.

Abschließend gab der Redner im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen des IX. Hauptstückes. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Lötsch (SPÖ) erklärt: Die Schulen sind für uns Sozialisten ein Herzensbedürfnis und wir setzen alles daran, um eine gute Schule hervorzubringen. Wer weiß, wie es auf dem Gebiete des Schulwesens im Jahre 1945 bestellt war, kann sich nur freuen, daß wir aus dem Notzustand des Schulwesens fast gänzlich herausgekommen sind. 1945 waren 67 Schulgebäude vollständig zerstört und hunderte Schulklassen schwer beschädigt. Dazu kam, daß damals der erste starke Geburtsjahrgang in die Schule eingetreten ist. Seither steigt die Schülerzahl rapid an und hat von 74.908 auf 149.214 eine Verdoppelung erfahren. 1945 gab es in Wien 2343 Schulklassen, gegenwärtig haben wir schon 4671 Schulklassen; auch das ist eine Steigerung auf das Doppelte. Der Wechselunterricht konnte von fast 50 Prozent auf weniger als 18 Prozent herabgesetzt werden. Der Schichtunterricht, der im ersten Schuljahr nach dem Kriege 3.8 Prozent betrug, besteht seit dem Jahre 1947 nicht mehr. Wie aber aus einem 1949 in Rußland erschienenen Lehrbuch für Pädagogik zu ersehen ist, gab es damals in Rußland noch einen Schichtunterricht in den Schulen. Es ist zu hoffen, daß wir durch die neuen Schulbauten bald zu einem normalen Schulunterricht kommen werden. Der Schulaufwand für das Jahr 1952 hat mit 110 Millionen Schilling gegenüber dem Vorjahr, in dem 77.5 Millionen veranschlagt waren, eine wesentliche Erhöhung erfahren.

Zu der Kritik des kommunistischen Redners Dr. Soswinski, der von einem Mißbrauch der Elternvereine gesprochen habe, erklärt der Redner: Wir glauben, daß die Elternvereinigungen für die Schulen



außerordentlich wohltuend wirken und daß man sie im modernen Schul-  
leben kaum entbehren könnte, denn die Elternvereine haben die Auf-  
gabe, Vermittler zwischen Schule und Lehrkörper auf der einen und  
dem Elternhaus auf der anderen Seite zu sein. Je inniger dieser  
Kontakt, umso besser wirkt sich das für Schule und Elternhaus aus.

Wir sind der Meinung, daß gerade das arme Österreich eine  
tüchtige Jugend braucht, eine Jugend die nicht genug in der Schule  
lernen kann, weil wir in unserer Wirtschaft, um die Handelspolitik  
auszugleichen, auf einen reichen Export angewiesen sind. Dieser  
reiche Export kann aber nur dann möglich sein, wenn wir qualitativ  
hochstehende Arbeit leisten, wenn unsere Arbeit überall anerkannt  
und nach den Produkten unserer Arbeit überall im Inland und im Aus-  
land gefragt wird. Haben wir eine tüchtige Jugend, dann ist uns  
nicht bange, daß wir die Konkurrenz auch im Ausland bestehen kön-  
nen.

Nur wenn die Gemeinde Wien über den nötigen Grund und Boden  
verfügt, kann sie eine Stadtplanung durchführen, die der Neuzeit  
entspricht. In der faschistischen Aera vor 1938 wurden keinerlei  
nennenswerte Grundkäufe getätigt. Während der nationalsozialisti-  
schen Herrschaft in Wien kamen eine Reihe von Liegenschaften in  
den Besitz der Gemeinde. Diese Liegenschaften mußten auf Grund der  
Rückstellungsgesetze in den letzten Jahren wieder an die früheren  
Eigentümer zurückgegeben werden. Es bedurfte des ganzen Scharfsin-  
nes und der juristischen Kenntnis der leitenden Beamten im Lie-  
genschaftsamt, um diese Rückstellung an die früheren Grundeigen-  
tümer in einer Form zu tätigen, daß die Gemeinde Wien dabei nicht  
zu Schaden gekommen ist. Sie haben es nicht zu langwierigen und  
kostspieligen Prozessen kommen lassen, sondern waren immer bestrebt,  
Vergleiche zu schließen, die für beide Teile annehmbar waren, was  
auch zum großen Teile gelungen ist.

In Übereinstimmung mit einem Beschluß des Ministerrates stellt  
der Redner namens der sozialistischen Fraktion folgenden Beschluß-  
antrag:

Öffentliche Arbeiten und Lieferungen an die Gemeinde Wien  
und ihre Unternehmungen dürfen nur an solche Unternehmungen verge-  
ben werden, welche die sozialen Schutzgesetze, vor allem auch die  
bestehenden Arbeitszeitvorschriften, das Betriebsräte- und das  
Kolektivvertragsgesetz streng einhalten (lebhafter Beifall bei  
den Sozialisten), Überstundenarbeit auf ein Mindestmaß beschränken



und sich bei Bedarf von Arbeitskräften der Vermittlungstätigkeit der zuständigen Arbeitsämter bedienen. Die Amtsführenden Stadträte werden verhalten, auf die Interessenvertretungen der Arbeitgeber einzuwirken, ihre Mitglieder zur Einhaltung aller sozialrechtlichen Vorschriften zu veranlassen. Berechtigten Beschwerden von Berufsvertretungen der Arbeitnehmer gegen Arbeitgeber wegen Nichtwahrung solcher Vorschriften ist nachzugehen. Auftragsempfänger der Gemeinde Wien oder deren Unternehmungen sind bei Außerachtlassung dieser Vorschriften so lange Aufträge auf öffentliche Arbeiten oder Lieferungen zu entziehen, als die Achtung sozialpolitischer Gesetze nicht gewährleistet erscheint.

Wir Sozialisten freuen uns, daß auch die ÖVP heute für ein modernes Grundbeschaffungsgesetz eingetreten ist. Wir knüpfen daran die Hoffnung, daß ihre Kollegen im Nationalrat ihr Äußerstes tun werden, um so rasch als möglich ein solches Gesetz zu beschließen. Wenn wir einmal im Besitz eines zeitgemäßen Grundbeschaffungsgesetzes sein werden, dann werden die Arbeiten für die Gemeinde Wien auf dem Gebiete des Bauwesens, des Wohnungsbaues und der Stadtplanung viel leichter zu erfüllen sein.

Im Namen der sozialistischen Fraktion spricht der Redner allen Beamten und Angestellten dieser Wirtschaftsgruppe den besten Dank aus. (Beifall.) In dieser Wirtschaftsgruppe sitzen Beamte, die auf Grund ihrer Fachkenntnisse, Erfahrung und Geschäftstüchtigkeit der Gemeinde Wien viele tausend Schillinge ersparen. Die sozialistische Fraktion wird dem Voranschlag dieser Gruppe ihre Zustimmung geben. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Amtsführender Stadtrat Bauer geht in seinem Schlußwort auf die in der Debatte berührten Probleme ein.

Zu den Ausführungen des Dipl.Ing. Haider erklärt er, daß die Vieh- und Fleischbeschauggebühr pro Kilogramm nur einen Groschen beträgt. Die Marktgebühren wurden bewußt sehr niedrig gehalten. Den Antrag auf Einführung eines obligatorischen Verkehrserziehungsunterrichtes in den Schulen empfiehlt er zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung, wiewohl schon bisher in den Schulen ein Verkehrserziehungsunterricht erfolgt.

GR. Dr. Soswinski habe mehrere Probleme angeschnitten, die nicht in diese Verwaltungsgruppe ressortieren. Es sei bedauerlich,



daß noch nicht genügend Schulgebäude zur Verfügung stehen. Wir müssen daher mit alten Gebäuden vorlieb nehmen. Schulpavillons sind in Verwendung, weil die Kosten für neue Schulklassen sehr hoch sind und die Errichtung von Schulpavillons solange zweckmäßig erscheint, als man nicht weiß, ob nicht neuerrbaute Schulen dann von Besatzungsmächten beansprucht werden. Der Vergütungsbeitrag an den Bund für den Lehrpersonalaufwand ist im Finanzausgleichsgesetz festgelegt. Häufig muß man Mitglieder von Elternvereinen zurückhalten, daß sie nicht unnütze Auslagen vornehmen. Ihre Arbeit ist eine besondere Hilfe für den Schulbetrieb, in vielen Fällen auch eine Unterstützung für ärmere Kinder. Das Dozentenonorar im Pädagogischen Institut beträgt 20 S pro Stunde. Hinsichtlich der Berufsberatung liegt die Situation heute so, daß der Berufsberater fast schon junge Menschen suchen muß, um sie in Berufe zu bringen, wo sie gute Aussichten haben. Die Jugend trachtet heute, Berufe zu ergreifen, bei denen sie schon am frühen Nachmittag frei ist. Wenn GR. Dr. Soswinski die technische Einrichtung der Berufsschule als vorsintflutlich bezeichnet hat, so stimmt da in mancher Beziehung. Es wäre aber nicht der Fall, wenn nicht gerade die modernsten Maschinen von einer Besatzungsmacht abtransportiert worden wären, die ihm nahesteht. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.) Wir bemühen uns, hier ausgleichend zu wirken und jedes Jahr Beträge zur Anschaffung von Maschinen bereitzustellen. Auf keinen Fall aber ist die Schule in der Mollardgasse rückständig. Auf dem Gebiete der Lehrwerkstätten haben wir in der letzten Zeit zwei Versuchskurse eingerichtet. Wir versuchen zuerst, und erst wenn sich der Versuch lohnt, werden wir mit unseren Anträgen kommen.

Einen breiten Rahmen habe die kritische Betrachtung des GR. Dr. Soswinski über die Versorgung der Bevölkerung und über freie oder gelenkte Wirtschaft eingenommen. Ich stehe auf dem Standpunkt, erklärt Referent, daß man in Notzeiten einen Weg gehen muß, der zum Ziele führt und auf dem man den Bedarf der Bevölkerung befriedigen kann. (Lebhafter Beifall.) Ob das nun freie, geplante oder gelenkte Wirtschaft ist, kann ganz einerlei sein. Jedenfalls haben wir heute trotz der freien Wirtschaft eine Marktlage, die es gestattet, in dieser Woche 7700 Schweine in St. Marx und der Markthalle zum Verkauf bereitzustellen. Außerdem ist das



Fleisch bei uns wesentlich billiger als in den Nachbarstaaten. (Zustimmung.) Zu der Klage, die Eier würden zu einem erhöhten Preis abgegeben, erklärt der Berichterstatter, das Marktamt sehe sehr genau darauf, daß die vorgeschriebenen Preise eingehalten werden. Dazu, daß es bei den Kartoffeln im Herbst einen Rummel gegeben hat und Kartoffeln eingeführt werden müssen, hat wesentlich die "Volksstimme" beigetragen, die die Bevölkerung zu Angstkäufen veranlaßt hat, sodaß auch die Bauern die Kartoffel zurückhielten, und, nachdem sie eingelagert waren, nicht mehr herausgaben.

Zu der Klage, daß als Zuchtvieh getarntes Schlachtvieh ins Ausland exportiert werde, verweist Redner auf eine Anordnung des Landwirtschaftsministers, daß die Devisen für Zuchtvieh zum Ankauf von Schlachtvieh Verwendung finden müssen. Daß Aufgeld beim Viehankauf gegeben wird, können wir nicht verhindern. Wir haben aber dafür Vorsorge getroffen, daß jeder Käufer feststellen kann, ob er überhalten wird. Wenn ein Fleischhauer Aufgeld bezahlen will, so soll er es tun. Wenn er dieses aber überwälzen will und angezeigt wird, kommt es zur Strafamtshandlung.

GR. Lötsch hat gemeint, daß die 6 Millionen Schilling die zur Kriegsschadenbehebung auf den Märkten und Schlachthöfen bewilligt wurden, nun ausreichen müssen. Der Referent stellt fest, daß jedoch 15 Millionen Schilling gefordert waren. Trotzdem werde man alles daran setzen, auch mit den geringeren Mitteln auszukommen und den Schlachthof St. Marx im neuen Glanz wiedererstehen zu lassen.

Zu den Antrag von GR. Lötsch, öffentliche Arbeiten und Lieferungen nur an solche Firmen zu vergeben, die die kollektivvertraglichen Bestimmungen einhalten und die Sozialgesetze beachten, bemerkt der Referent, daß dies in seiner Geschäftsgruppe bisher schon geschehen ist. Lieferungen wurden nur an einwandfreie Firmen vergeben. Trotzdem stimme er den Antrag zu.

Abschließend sagte Stadtrat Bauer, er hoffe, daß es auch im kommenden Jahr im Gemeinderatssusa-schuß für Wirtschaftsangelegenheiten die gleiche sachliche Zusammenarbeit wie in der Vergangenheit geben werde. Er bat um die Annahme seiner Budgetansätze.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des 9. Hauptstückes im ordentlichen und außerordentlichen Voranschlag ohne die Stimmen des Linksblockes angenommen.



20. Dezember 1951

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2458

Der Antrag der WdU wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen, der Antrag von GR. Lötsch einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende GR. Mazur teilt mit, daß morgen, Freitag um 9 Uhr eine Sitzung des Wiener Landtages beginnt. Nachher wird der Gemeinderat die Beratungen über den Voranschlag fortsetzen. Nach 13stündiger Sitzung, um 22.07 Uhr, unterbricht der Vorsitzende die Verhandlungen.

- . -